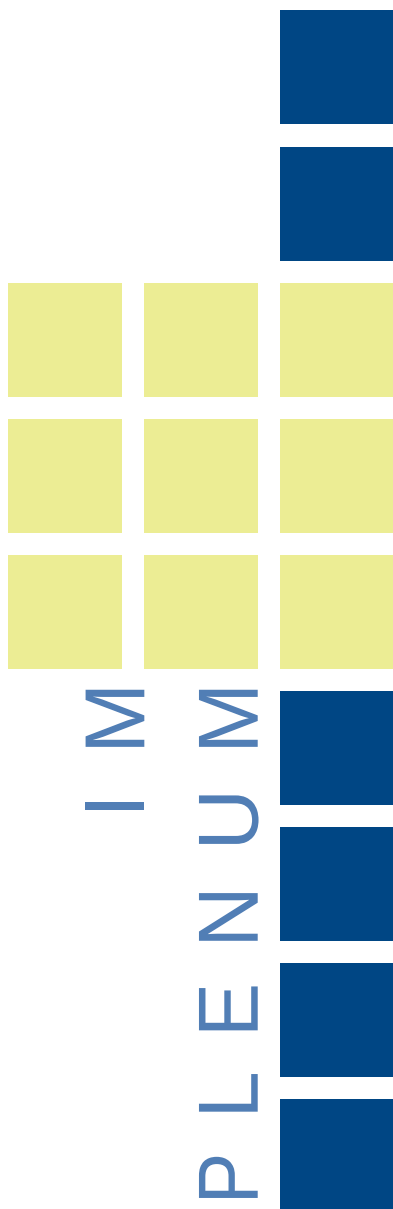




DEUTSCHLAND UND EUROPA IM PROZESS DER GLOBALISIERUNG

ANFORDERUNGEN AN DIE
WIRTSCHAFTSORDNUNG

WIRTSCHAFT TRIFFT POLITIK 2007

Christoph Kannengießer
Franz Schoser (Hrsg.)

Mit Beiträgen von:

Norbert Röttgen | Eberhard von Koerber
Yingwei Ma | Eckart von Klaeden
Michael Fuchs | Theo Waigel | Kurt Lauk
Tobias Kollmann | Alain D. Bandle
Daniel Caspary | Artur Becker

ISBN 978-3-938926-78-1

www.kas.de

Bei den hier abgedruckten Beiträgen handelt es sich um die überarbeiteten Reden, Stellungnahmen und Beiträge, die auf der Tagung „Wirtschaft trifft Politik“ 2007 gehalten bzw. dargeboten wurden. Diese Tagung trug den Titel „Deutschland und Europa im Prozess der Globalisierung – Anforderungen an die Wirtschaftsordnung“ und fand vom 7. bis 9. September 2007 in der Villa La Collina in Cadenabbia statt.

Redaktionelle Bearbeitung: Christina Langhorst

© 2008, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin
Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck, auch auszugsweise, allein mit Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung.
Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Umschlagfoto: (c) Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Fotograf: Harald Odehnal
Druck: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-939826-78-1

INHALT

5 | VORWORT

Christoph Kannengießer | Franz Schoser

7 | GLOBALISIERUNG – GESTALTUNGS(OHN)MACHT DER POLITIK?

Norbert Röttgen

19 | **AUFSTIEG DER SCHWELLENLÄNDER – HERAUSFORDERUNG FÜR DIE DEUTSCHE UND EUROPÄISCHE WIRTSCHAFT**

21 | ERSTES STATEMENT

Eberhard von Koerber

27 | ZWEITES STATEMENT

Yingwei Ma

33 | HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE DEUTSCHE AUSSENPOLITIK IM ZEITALTER DER GLOBALISIERUNG

Eckart von Klaeden

39 | STRATEGISCHE INDUSTRIEPOLITIK ODER FREIER WETTBEWERB – WIE SICHERN WIR UNSERE SCHLÜSSELINDUSTRIEN?

Michael Fuchs

45 | **GLOBALISIERUNG DER FINANZMÄRKTE – WIE FRAGIL IST UNSERE WIRTSCHAFT?**

47 | ERSTES STATEMENT

Theo Waigel

57 | ZWEITES STATEMENT

Kurt Lauk

63 | **GLOBALISIERUNG UND IT –
DIE MACHT VIRTUELLER MÄRKTE**

65 | ERSTES STATEMENT

Tobias Kollmann

75 | ZWEITES STATEMENT

Alain D. Bandle

85 | „GLOBAL EUROPE“ – EINE AUSSENHANDELSSTRATEGIE
FÜR DIE EU?

Daniel Caspary

95 | „DAS HERZ VON CHOPIN“ – LESUNG

Artur Becker

99 | HERAUSGEBER UND AUTOREN

VORWORT

Sowohl die Soziale Marktwirtschaft als auch die Internationale Zusammenarbeit stellen zentrale Themenbereiche der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung dar. Die Soziale Marktwirtschaft ist das Leitbild, an dem wir unsere wirtschaftspolitische Arbeit ausrichten – gewissermaßen unsere Blaupause zur Gestaltung der Wirtschaftspolitik. Die Internationale Zusammenarbeit leben wir tagtäglich durch das Netzwerk unserer Auslandsbüros in beinahe siebzig Ländern.

Das Thema „Deutschland und Europa im Prozess der Globalisierung – Anforderungen an die Wirtschaftsordnung“ verbindet diese beiden Kernbereiche miteinander: Es eröffnet die Diskussion über die Gültigkeit und Anerkennung der Wertebasis der Sozialen Marktwirtschaft im globalen Kontext.

Die voranschreitende Globalisierung hat seit Mitte der 1990er Jahre eine höhere Geschwindigkeit und Intensität entwickelt. Die aufstrebenden Schwellenländer, die zunehmende Verflechtung der Finanzmärkte, der voranschreitende technische Fortschritt – all diese Phänomene haben zu einer Dimension der Globalisierung geführt, die wir zuvor nicht kannten.

Klar ist: von der Globalisierung profitieren wir enorm. Diejenigen Länder, die sich ihr nicht verschlossen haben, konnten ihren Wohlstand im letzten Jahrzehnt bedeutsam steigern. Gleichzeitig bekommen wir jedoch auch die Schattenseiten der Globalisierung deutlicher vor Augen geführt: Finanzkrisen mit globaler Reichweite, der Klimawandel, vor dem sich niemand verstecken kann, der Missbrauch geistigen Eigentums, der unsere Innovationskraft und unsere Wettbewerbsfähigkeit bedroht.

Hinzu kommt die ungleiche Verteilung der Globalisierungsdividende, die manchen das Gefühl gibt, an den gepriesenen Chancen nicht beteiligt zu sein. Vom Tempo des Wandels und dem Druck des Wettbewerbs fühlen sie sich überfordert.

Dies sind Entwicklungen, die nach Gestaltung rufen. Für eine Gestaltung – auch der internationalen Ordnung – im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft macht sich die Konrad-Adenauer-Stiftung stark. Wir sehen die Globalisierung als eine erstrebenswerte Entwicklung und wollen sie annehmen und ihr unseren Wertvorstellungen entsprechende Leitplanken geben. Es ist uns wichtig, das wirtschaftliche und gesellschaftliche Handeln nicht in seiner Freiheit einzuschränken. Eigenverantwortung und Subsidiarität sind auch im internationalen Kontext zentrale Pfeiler unserer wirtschaftspolitischen Vorstellungen.

Diese Publikation spiegelt die Inhalte des Forums „Wirtschaft trifft Politik“ 2007 wider. Das Forum fand seit 1995 in loser Folge insgesamt sechs Mal in Cadenabbia am Comer See statt. Obwohl es viele Orte gibt, an denen sich Politik und Wirtschaft begegnen, ist diese Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung etwas, das woanders nicht stattfindet. Abseits vom Tagesgeschäft und jenseits von konkreten unternehmerischen oder politischen Absichten kommen Unternehmer und politische Entscheidungsträger in der einzigartigen Atmosphäre der Villa La Collina – dem früheren Feriendomizil Konrad Adenauers, heute ein internationales Begegnungszentrum der Konrad-Adenauer-Stiftung – zusammen, um über aktuelle wirtschaftspolitische Themen zu diskutieren und zukünftige Entwicklungen zu reflektieren.

Zeugnis für den Erfolg des Forums ist die Referentenliste: Aus der Politik durften wir unter anderem Angela Merkel, Horst Köhler, Georg Milbradt, Friedrich Merz und Gerhard Stoltenberg begrüßen. Aus der Wirtschaft waren unter anderem Norbert Walter, Bernd Pischetsrieder, Hans Dietrich Winkhaus, Johannes Ludewig oder Ernst Moritz Lipp als Referenten dabei. Letztes Jahr lautete das Thema „Invention – Innovation – Wachstum“.

Auch das diesjährige Forum bot zahlreiche interessante und aufschlussreiche Vorträge und Diskussionen von und mit hochrangigen Entscheidungsträgern aus Wirtschaft und Politik, abgerundet durch Expertise aus der Wissenschaft. Die Beiträge machen eines besonders deutlich: Politik und Wirtschaft brauchen einander und sind auf den ständigen Austausch angewiesen. Nur dann kann die Gestaltung der globalen Ordnung nach den Prinzipien von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit gelingen.

Christoph Kannengießer | Franz Schoser

GLOBALISIERUNG – GESTALTUNGS(OHN)MACHT DER POLITIK

Rede von Norbert Röttgen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Globalisierung berührt jeden von uns in sehr grundsätzlicher Art und Weise. Schon deshalb ist die Frage nach der Gestaltungsmacht oder -ohnmacht der Politik in einer globalisierten Welt eine der wichtigsten Grundfragen unserer Zeit schlechthin.

Offensichtlich fühlen sich heutzutage viele Menschen dem gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Druck, den die Globalisierung Tag für Tag entfaltet, nicht mehr ausreichend gewachsen. Diese Menschen eint ein weit verbreitetes Gefühl der Ohnmacht, das im Grunde das Akzeptanzproblem von Globalisierung ausmacht. Das Gefühl von Hilflosigkeit und der Eindruck, zunehmend ausgeliefert und ausgegrenzt zu sein, macht sie zu entschiedenen Globalisierungsgegnern. Aus einer solchen Perspektive werden konsequenterweise auch dem Staat und der Politik insgesamt Gestaltungs-ohnmacht attestiert. Globalisierungsgegner argumentieren dementsprechend häufig, dass wir mit dem Zeitalter der Globalisierung unsere demokratische Kultur hinter uns gelassen hätten. Für sie steht die Globalisierung

für ein Zeitalter der starken Individuen, der Einzelnen, seien es Personen oder Korporationen, aber nicht mehr für ein Zeitalter des Staates und seiner demokratisch legitimierten Institutionen.

GLOBALISIERUNG ALS PROZESS DER ENTGRENZUNG

Dass sich die Grundfrage nach Macht und Ohnmacht in Zeiten der Globalisierung in dieser Deutlichkeit überhaupt stellt, erklärt sich aus meiner Sicht hauptsächlich durch den Charakter der Globalisierung als einen Prozess der Entgrenzung. Thomas Friedman, ein New Yorker Kolumnist, hat zur besseren Beschreibung der fulminanten Wirkungskräfte der Globalisierung einmal eine eindringliche Metapher geprägt: Ein Mensch steht in einem Raum, dann kommt die Globalisierung und ihre Kraft führt dazu, dass gleichzeitig der Boden, die Wände und die Decke auseinander fliegen. Dieser gleichzeitige Verlust von Grenzen findet sich in der fortschreitenden Vernetzung von Volkswirtschaften, Gesellschaften und Staaten in unserer heutigen Realität wieder. Nachfolgend möchte ich einige weitere Merkmale beziehungsweise Treiber dieser Entgrenzung benennen.

An allererster Stelle ist hier wohl die Digitalisierung unseres beruflichen wie privaten Alltags zu nennen. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass sie die Globalisierung in ihrer jetzigen Form zum Teil erst ermöglicht hat. Die Entwicklung immer leistungsfähigerer Software und dazugehöriger Hardware hat, wie wir alle wissen, dazu geführt, dass immer mehr Produkte und Dienstleistungen an nahezu jedem beliebigen Ort dieser Welt *produziert* werden können und auch an jedem beliebigen Ort *konsumiert* werden können. Digitalisierung als Teil und Triebfeder von Globalisierung schafft Ubiquität, d.h. die sprichwörtliche Aufhebung von Örtlichkeit und den Grenzen des Raumes.

Diese Ubiquität ist darüber hinaus nicht nur der digitalen Welt mit allen ihren (Dienst)Leistungen wie beispielsweise Finanztransaktionen und den anderen Informationsbranchen vorbehalten. Sinkende Logistik- und Transportkosten haben dazu beigetragen, dass die Grenzen des Raumes auch in bestimmten Bereichen der Realgüterwirtschaft erheblich an Bedeutung verloren haben. Dieser Verlust von Grenzen hat bereits im bisherigen Verlauf der Globalisierung dazu geführt, dass das wirtschaftliche und politische Weltgeschehen sein Zentrum verloren hat. Durch die Integration Chinas und Indiens – mit insgesamt mehr als zwei Milliarden Menschen – und Ländern wie Russland, Brasilien und Südafrika ist die

Welt nicht mehr westlich geprägt oder transatlantisch dominiert. Stattdessen ist sie polyzentrisch; das eine Zentrum, in dem alles bestimmt wird, gehört der Vergangenheit an. Heutzutage gibt es viele Zentren und was oftmals nur noch zählt, ist der Grad der Vernetzung untereinander. Zudem sind aus vielen dieser Zentren, die der globale, teilweise unregulierte Finanzkapitalismus in den vergangenen Jahren zunächst vor allem als neue Absatzmärkte erschlossen hat, mittlerweile unsere Wettbewerber geworden. Besonders multinationale Unternehmen haben die Möglichkeiten der Globalisierung genutzt und entscheidend dazu beigetragen, dass viele Volkswirtschaften zunehmend entnationalisiert sind. Als ein Beispiel wäre hier die Auflösung der Deutschland-AG Mitte/Ende der neunziger Jahre zu nennen.

Aus der Sicht des Staates heißt das alles zusammengefasst, dass der territorial organisierte Staat erfährt, dass seine Ordnungsebene, auf der er handelt, national ist, doch als eine solche nationale Ordnungsebene die transnationale Realebene nicht mehr zu bestimmen vermag. Es ist eine immer offensichtlicher werdende Diskrepanz der Ebenen. Das Leben, die Realität, ist global, aber das politische Handeln erfolgt weiterhin im Wesentlichen durch den Nationalstaat. Der Staat tut so, als gäbe es noch ein übersichtliches Nebeneinander der jeweiligen Nationalökonomien, die es in Wahrheit so schon lange nicht mehr gibt. Im Ergebnis nimmt deshalb die Macht des Staates, handeln, bestimmen zu können, weiter ab und viel mehr und immer häufiger ist es so, dass er nur noch auf äußere Bedingungen, die ihm vorgegeben werden, reagiert. Ein markantes Beispiel für die Veränderungen politischen und staatlichen Handelns bilden der Bedeutungswandel von Sozialstaat und Sozialpolitik. Bisher hatte der Sozialstaat, die Sozialpolitik und die staatlichen Sozialsysteme insgesamt die Funktion eines Korrektivs zum Markt. Unter den Bedingungen des globalen Wettbewerbs aber werden staatliche Sozialsysteme mitunter selbst Teil des Marktbildungsprozesses und wandeln sich so vom staatlichen Ordnungsrahmen zum komparativen Kostenfaktor. Das, was unter den Bedingungen von Nationalstaat und Nationalökonomie Ordnung der Wirtschaft war, ist jetzt Wettbewerbsfaktor im Verhältnis zu anderen Volkswirtschaften und anderen Wettbewerbern.

So viel zum Hintergrund der Frage nach Macht oder Ohnmacht der Politik, die die Globalisierung aufwirft. Es wird deutlich, wie legitim und absolut gerechtfertigt diese Frage ist. Aber führt die Globalisierung die Politik nun wirklich zwangsläufig in eine Ohnmacht? Meine Antwort lautet: Nein!

Meine These ist, dass die Globalisierung nicht das Ende der Politik bedeutet, sondern dass sie im Gegenteil zu einer Renaissance des Politischen führen wird.

GLOBALISIERUNG ALS RENAISSANCE DES POLITISCHEN

Wie und vor allem warum die Globalisierung eine Renaissance des Politischen bedeuten kann, möchte ich nachfolgend an sechs Einzelpunkten konkretisieren.

Globalisierung annehmen!

Der erste politische Akt besteht in der Willensentscheidung, die Globalisierung als Prozess anzunehmen. Das mag banal klingen, aber nach meiner Einschätzung hat zum Beispiel weder die deutsche Bevölkerung noch die deutsche Politik bislang ernsthaft diese Entscheidung getroffen: Wir nehmen die Globalisierung an. Wir stellen uns auf diesen Prozess ein. Wir wollen dabei sein. Wir glauben, ihn gestalten zu können. Wir nehmen das, was an Widersprüchlichkeiten, an Diskrepanzen, an neuen Ungleichheiten, alles was da ist, wir nehmen es an und wollen es zum Gegenstand von Handeln machen.

Diese Entscheidung ist noch nicht in einer einzigen Partei so dezidiert getroffen worden, geschweige denn in der Politik oder in der Bevölkerung insgesamt. Ich glaube auch, dass sich an der Alternative – nämlich die Globalisierung anzunehmen oder zu bekämpfen, Realität verweigern oder Realität gestalten – eine neue große, übrigens nationale wie globale, Kontroverse entwickeln wird. Wir können es heute schon beobachten und ich bin mir sicher, dass diese Kontroverse einer der Gründe für eine Neuorientierung des Parteiensystems sein wird. Ich glaube, dass unser Links-Rechts-Schema unter den Bedingungen der Globalisierung so nicht aufrechterhalten werden kann. Das können wir bereits heutzutage feststellen, zum Beispiel in ganz aktuellen Suchbedürfnissen nach der Frage: Was ist konservativ? Was ist rechts, was ist links? Sind manchmal die Linken die Konservativen oder Restaurativen? Es kommt durcheinander. Und ich glaube, der neue Bezugspunkt einer neuen, harten Kontroverse, die entstehen wird, ist die zwischen den Globalisierungsverweigerern und den Globalisierungsgestaltern. Beide Gruppen gibt es übrigens in allen Parteien.

Wenn man es parteipolitisch auf die nationale Ebene projiziert, dann ist der Typus Lafontaine der Anführer der Gruppe der Globalisierungsverweigerer. Meine Prognose ist, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis sich die SPD – genauer die große Mehrheit der SPD – in diesen Flügel einsortieren wird. Deren Botschaft wird lauten: Wir schützen euch davor, wir versuchen es abzumildern. Die Botschaft lautet nicht: Wir nehmen es an und gestalten, sondern wir wollen es abwehren, abmildern. Vom parteipolitischen Instrumentarium her wird immer mit Ressentiment, mit Stimmungsmache, mit Neid und Missgunst gegen diese Entwicklung gearbeitet werden. Darum wird es eine sehr emotionale Auseinandersetzung sein. Und für meine Partei, davon bin ich fest überzeugt, kann es nur einen Weg geben, nämlich die Anführerschaft derjenigen, die in Anspruch nehmen, Globalisierung zu gestalten. Diese Willensentscheidung muss der alternativlose, parteipolitische Standort der CDU sein. Aber, dass wir als Partei das programmatisch auch schon formuliert hätten, davon können wir noch nicht reden. Trotzdem bin ich hoffnungsvoll gestimmt, dass uns das gelingen wird.

Natürlich geht diese neue Formierung einer politischen Kontroverse auch weit über unser Land hinaus. Wenn man sich die innenpolitische Debatte etwa in Frankreich ansieht, dann sind die Aktivitäten des französischen Staatspräsidenten Sarkozy genau auf diesen Punkt hin orientiert: Wie ist die Einstellung, die Haltung, die Reaktion des Landes und auch der UMP gegenüber dem Prozess der Globalisierung unter Einschluss der emotionalen Haltung in der Bevölkerung dazu?

Also der erste Grund, warum ich glaube, dass es eine Politisierung gerade durch die Globalisierung geben wird, liegt in der Tatsache begründet, dass wir wieder in einen Grundsatzstreit über den Kurs des Landes geraten werden.

Standortstrategie, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum

Zweitens: Was macht das Politische der Globalisierung aus? Was ist die politische Chance der Globalisierung? Sie liegt darin, dass wir in unserem Land eine wirtschaftliche Standortstrategie entwickeln, um Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum in Deutschland zu erreichen. So wie der erste Punkt, Globalisierung anzunehmen, die unerlässliche psychologische Voraussetzung ist, sie zu gestalten, ist eine Strategie, wettbewerbsfähig

zu sein und Wachstum erreichen zu wollen, die ökonomische Voraussetzung für die Gestaltung der Globalisierung. Denn ohne ökonomischen Erfolg werden wir das Gestaltungspotenzial unseres Landes auf diesen Prozess einbüßen. Nur der wirtschaftlich erfolgreiche Staat oder die politische Einheit – ich komme gleich noch zur Europäischen Union – wird auf diesen Prozess einwirken können. In diesem Zusammenhang – also wirtschaftlicher Erfolg als Bedingung für politische Gestaltung – liegt auch eine neue Chance für die Parteien der Sozialen Marktwirtschaft: Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftsrationalität neu zu legitimieren, nachdem sie, beginnend in den siebziger Jahren, ja vehementen und wirkungsvollen Versuchen einer Delegitimierung oder zumindest Diskreditierung ausgesetzt wurden. Als Folge dieser Angriffe wird in Teilen der Bevölkerung Wachstum als Ziel in Frage gestellt. Aus meiner Sicht birgt die Globalisierung ein legitimatorisches Argument, dass Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum, wirtschaftlicher Erfolg notwendige Ziele sind, um als kulturell-politische Einheit bestehen und Einfluss ausüben zu können.

Die CDU muss diesen Begründungszusammenhang weiter offenlegen und verdeutlichen, dass wir damit eine Chance haben, in einer neuen Form über Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu reden. Nach Jahren des Stillstandes haben wir in der aktuellen Phase wirtschaftlichen Aufschwungs die Chance und vor allem die Aufgabe, einen neuen zeitgemäßen Wachstumsbegriff zu entwickeln und zu formulieren. Ein solcher Wachstumsbegriff sieht Wachstum nicht als Selbstzweck, sondern als ein Ziel an, das immer wieder legitimiert werden muss. In diesem Sinne wollen wir Wachstum, wenn und weil es den Menschen dient. Dabei verstehen wir Wachstum nicht nur als ökonomische Schlüsselgröße, sondern vermitteln gleichzeitig ein Verständnis und Bekenntnis für ein Wachstum der Chancen für alle, nicht zuletzt für die Schwächeren. Durch Wachstum und die damit einhergehende Schaffung von Arbeitsplätzen ermöglichen wir gerade denjenigen eine Teilhabe, die außen vor sind. Nur durch Wachstum werden wir es erreichen, wirtschaftlichen Erfolg durch weniger und immer weniger Inanspruchnahme der Natur zu realisieren. Also geht es auch um ökologisches Wachstum. Wir wollen Wachstum der Chancen, Aufstiegschancen für diejenigen, die sie nicht erben, sondern die sie durch einen Wachstumsprozess der Gesellschaft erreichen können.

Zusammenfassend glaube ich, dass ein wichtiger Aspekt der Politisierung der Globalisierung in der Notwendigkeit liegt, eine ökonomische Standortstrategie zu formulieren.

Soziale Strategie der Teilhabe

Drittens besteht die Aufgabe des Politischen in der Globalisierung darin – als Geschwisterteil der wirtschaftlichen Standortstrategie – eine soziale Strategie zu entwerfen, die die Verlierer der Globalisierung durch gesellschaftliche und staatliche Hilfe zu Teilhabern der Globalisierung macht. Die Globalisierung ist kein Prozess, der nur Gewinner erzeugt. Wir haben auch gar keinen Grund, diesen Teil der Realität nicht auch zu sehen und auszusprechen. Wenn der Prozess der Globalisierung etwa in der Gestalt, wie ich ihn eingangs skizziert habe, bestimmte Tätigkeiten und Leistungen durch Digitalisierung ortsunabhängig macht, dann stellt sich demjenigen, der eine solche Tätigkeit ausübt, natürlich die Frage nach der Zukunftsfähigkeit seiner beruflichen Tätigkeit. Viele Tätigkeiten können heute relativ umstandslos ins Ausland verlagert werden. Eine solche Verlagerung – und mag sie ökonomisch noch so gerechtfertigt sein – kann den Einzelnen existentiell treffen. Das hat dann auch nichts mehr mit Forderungen nach Mobilität oder Flexibilität zu tun, sondern die betroffenen Menschen sehen sich durch die Entwicklung in Frage gestellt. Wie wir alle wissen, sind insbesondere gering qualifizierte Tätigkeiten von dieser Umwälzung bedroht. Permanente Mobilitätsanforderungen, Anforderungen, weiter, immer weiter zu lernen, besser zu werden, in einem schonungslosen Wettbewerbsprozess zu sein, führen zu psychologischen Verlusten und stellen Lebenssicherheiten massiv in Frage. Alles das sind subjektive oder objektive Bedrohungen und Verluste. Hierfür muss neben einer wirtschaftlichen Wachstumsstrategie eine soziale Teilhabestrategie entwickelt werden. Schaffen wir das nicht, werden wir für diesen Prozess und die, die in Anspruch nehmen, ihn zu gestalten, keine Mehrheit in der Bevölkerung bekommen. Wir müssen – wie es zum Beispiel in einer unverdächtigen Zeitung wie der *Financial Times* nahezu wöchentlich gefordert wird – dafür sorgen, dass unsere Entwicklung eine möglichst breite Teilhabe unterstützt und ermöglicht („to make the country more inclusive“). Unser erklärtes Ziel muss sein, diejenigen, die außen vor sind, immer wieder in die Gesellschaft mit einzuführen.

Ich glaube, dass einer, der noch nicht in ihrer Konsequenz befolgtten Erkenntnisse darin liegt, die Menschen in der individuellen Befähigung viel mehr zu stärken und zu fördern, als wir das bislang getan haben. Das sind die Themen Erziehung, Bildung, Ausbildung, Fortbildung und Forschung. Darum bin ich überzeugt: Wenn die Bundesländer, die einen großen Teil der Zuständigkeit für diese Aufgaben haben, die Aufgabe

weiterhin den Ergebnissen nach unbefriedigend ausüben, was sich zum Beispiel darin zeigt, dass zehn Prozent eines jeden Jahrgangs die Schule ohne Abschluss verlassen – zehn Prozent! – und wir damit hinnehmen, dass zehn Prozent eines Jahrgangs programmierte Verlierer sind, dann werden diejenigen, die diese Zuständigkeit haben, ihrer politischen Verantwortung nicht gerecht. Wenn sich hier die Situation nicht bald ändert, dann wird der Föderalismus in unserem Land in eine Legitimationskrise geraten.

Sphären kultureller und sozialer Identität

Ein vierter Punkt, der zur Politisierung der Globalisierung zählt, besteht in der Aufgabe, auch in der Globalisierung als einer umfassenden Wettbewerbslage Sphären und Bereiche zu schaffen, in denen kulturelle und soziale, auch nationale Identität sichtbar wird und erhalten bleibt. Ich bin tief davon überzeugt, dass Identitätssicherung eine durch die Globalisierung in besonderer Weise geforderte Aufgabe ist. Ralf Dahrendorf hat vor rund zehn Jahren in der *ZEIT* bereits zu bedenken gegeben, dass es in jeder Gesellschaft eine legitime öffentliche Sphäre gebe, die nicht in globaler Konkurrenz steht. Ich glaube, dass es ein individuelles, soziales, kollektives, psychologisches und kulturelles Bedürfnis gibt, nicht alles unter Wettbewerbsdruck zu stellen. Darum muss es Sphären des öffentlichen Lebens geben, über die die Gesellschaft sagt: Wir wollen sie so haben, aus einer bewussten Entscheidung dieser Gesellschaft, dieser kulturellen Einheit heraus, und entziehen sie damit dem Druck und der Auseinandersetzung und der Konkurrenz mit anderen. Diese Sphären, in denen Identität gesichert, erfahrbar und ausgedrückt wird, sind als Gegenbewegung, als Gegengewicht zur Globalisierung unerlässlich.

Die europäische Dimension der Globalisierung

Fünftens: Die Renaissance des Politischen durch die Globalisierung wird auch in einer neuen Legitimierung der Europäischen Union bestehen können und müssen. Die Europäische Union hat ihre Legitimation vor allem aus ihrer historischen Friedenssicherungsaufgabe gespeist. Darüber hinaus hat sie sich dadurch legitimiert, dass sie einen Binnenmarkt und dadurch wirtschaftliche Freiheit und Wohlstand zu erzeugen vermocht hat. In gewissen Maßen ist sie danach zum Opfer ihres eigenen Erfolges geworden. Beide Ziele sind weitgehend erreicht und können deshalb nun nicht mehr hinreichend legitimieren. Dieses Defizit macht meines Erach-

tens auch die europäische Krise aus. Wozu heute noch Europa, nachdem wir in Europa in einer friedlichen Welt und in Freiheit und Wohlstand leben?

Ich bin der Überzeugung, dass Europa im Zusammenhang mit der Politisierung der Globalisierung eine neue Funktion und Legitimation erfahren kann und erfahren wird. In der Europäischen Union werden noch stärker als bisher nationale Interessenvertretung gebündelt und in einem zweiten Schritt in globale Abstimmungsprozesse eingebracht. Die Europäische Union eröffnet uns nicht zuletzt wegen der Größe ihres Marktes eine Gestaltungsmöglichkeit, die national so nicht vorhanden ist. Nur durch und mit der Europäischen Union können wir auf den Prozess der Globalisierung als eine große Region im weltweiten Maßstab erfolgreich einwirken.

Das klingt alles natürlich einfacher als es in der Realität ist. Denn wenn man will, dass Europa zu einem wirtschaftspolitischen Gestaltungsfaktor in globaler Dimension wird, dann müssen wir uns zunächst über den wirtschaftspolitischen Kurs in der Europäischen Union einigen. Und das heißt vor allem, dass wir das Thema Wirtschaft auch im deutsch-französischen Dialog nicht weiter ausklammern dürfen. Ich habe erst in jüngerer Zeit gelernt, dass neben dem Thema des Verhältnisses zu den USA das Thema Wirtschaft in den deutsch-französischen Gesprächen wegen der unterschiedlichen Traditionen und Haltungen beider Länder im Grunde weithin ausgespart war. Die prononcierte Haltung des neuen französischen Staatspräsidenten, der dezidiert auf Industriepolitik und die staatliche Erzeugung großer nationaler oder europäischer Champions setzt, der gleichzeitig mit einem einzigen Auftritt bei einem europäischen Gipfel ein ursprüngliches Legitimationsziel, nämlich den freien und unverfälschten Wettbewerb, aus den Verträgen streicht, trifft hier auf eine grundsätzlich abwehrende deutsche Position, die sich auf Ordnungspolitik beruft; freilich im Konkreten dann durchaus auch immer wieder zu Pragmatismus in der Lage war. Aber wir haben eine konzeptionelle Fremdheit in der Anlage von Wirtschaftspolitik traditionell und aktuell zwischen Deutschland und Frankreich, und wenn man diese konzeptionellen Unterschiede nicht überwindet, wie sie im Fall EADS ja auch aufgeflackert sind, dann wird sich Europa nicht zu einem globalen Gestaltungsfaktor entwickeln können.

Regieren in der Globalisierung

Einen letzten Punkt, den ich nur anmerken möchte, weil er nach meiner Einschätzung bislang noch kaum konzeptionell entwickelt ist: Die Globalisierung stellt nicht nur unsere Art zu leben, sondern auch unsere Art des Regierens in Frage. Wir sind in allen unseren Strukturen und Debatten immer noch ausgesprochen national orientiert. Wir stehen vielleicht erst am Anfang der Entwicklung einer europäischen Handlungsfähigkeit beispielsweise in Bereichen wirtschaftlicher Gestaltung, doch am Horizont ist jetzt schon absehbar, dass es eine globale Realität gibt, die noch weit über Europa hinausweist. Und auch dort müssen Systeme der Normsetzung, deren Legitimationsstiftung noch völlig unerkennbar ist, wenn sie nicht rein exekutiv erfolgen – also mit einer völligen Entparlamentarisierung einhergehen sollen – entwickelt werden. Jedenfalls kann man sagen, dass Handlungsformen wie G8, wie die Kooperation der G8 mit den fünf Schwellenländern und anderen Institutionen einem aktuellen Bedürfnis entsprechen. Kritiker, die sich militant oder intellektuell oder politisch, gegen das Zusammenwirken und das Sich-Entwickeln globalen Regierens in globalen Zeiten aussprechen, stellen sich diametral gegen dieses Bedürfnis nach legitimiertem Regierungshandeln in der Globalisierung.

Kurzum, in der Debatte, wie aus nationalen und möglicherweise vielleicht europäisch organisierten Handlungs- und Legitimationsstrukturen in einer globalisierten Welt am Ende globales Regieren organisiert und legitimiert wird, sind wir noch ganz am Anfang.

Zusammenfassend: Ich glaube, es ist nicht übertrieben zu formulieren, dass die Globalisierung einen Epochenwandel herbeiführt, nicht ereignishaft, sondern prozesshaft und wir Zeugen dieses Epochenwandels sind. Und ich meine weiterhin, dass es eine spannende intellektuelle und politische Herausforderung ist, diese Epoche nicht nur zu erleben, sondern sie zu gestalten. Zum Schluss möchte ich mir eine kleine parteipolitische Anmerkung erlauben: Wir sollten uns immer bewusst sein, dass es unsere Partei war, die CDU, die mit ihrem anthropologischen Verständnis und mit ihrem Sozialverständnis, das sich in der Sozialen Marktwirtschaft niedergeschlagen hat, ein außerordentlich erfolgreiches halbes Jahrhundert Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatsordnung bestimmt hat. Nun gilt es, diesen Erfolg nicht einfach nur zu verlängern, sondern neu in der Globalisierung zu begründen. Parteipolitisch gesprochen stellt sich die Frage, ob es weiterhin wir sind, die Christlichen Demokraten, die auch im

21. Jahrhundert diesen politisch, wirtschaftlich, staatlich bestimmenden, geistigen, moralischen Einfluss ausüben. Ich bin überzeugt, dass wir das können und auch müssen.

AUFSTIEG DER SCHWELLENLÄNDER –
HERAUSFORDERUNG FÜR DIE
DEUTSCHE UND EUROPÄISCHE
WIRTSCHAFT

ERSTES STATEMENT

Eberhard von Koerber

Die derzeitigen Nachrichten von der Globalisierungsfront sind beunruhigend:

Erstens, die Entwicklung an den Finanzmärkten: Einige US-amerikanische Konsumenten haben sich mit den Ratenzahlungen für ihre Häuser übernommen. Die weltweiten Finanzströme sind heute derart komplex verflochten, dass bereits Tage später deutsche Banken durch die US-amerikanische Hypothekenkrise in Not geraten. Ende des vergangenen Monats zeichnete sich ab, dass die Sachsen LB in ähnlicher Manier wie ein aggressiver Hedge-Fonds mit rund 65 Milliarden Euro spekuliert hat. 65 Milliarden Euro sind mehr als das sechsfache des sächsischen Landeshaushalts.

Wichtiger im globalen Zusammenhang ist allerdings die Befürchtung, dass die Probleme am amerikanischen Häusermarkt den weltweiten Liquiditätsfluss zum Stocken bringen und damit das globale Wirtschaftswachstum gefährden. Schon vergleichen Aktienanalysten die aktuellen Börsenturbulenzen mit den spektakulären Crashes der 1930er Jahre, von 1987 und der *dot.com-Bubble*.

Der sorgenvolle Blick auf die US-amerikanische Wirtschaft ist nicht unberechtigt: Immer wieder muss man sich vor Augen halten, dass die Marktkapitalisierung US-amerikanischer

Unternehmen alleine etwa so groß ist wie die aller übrigen Aktienmärkte der Welt zusammen.

Schon werden Stimmen laut, die die Verstaatlichung von Rating-Agenturen fordern. Das ginge sicherlich zu weit. Allerdings hat der deutsche Wirtschaftsexperte Peter Bofinger völlig Recht, wenn er in der *International Herald Tribune* einen internationalen Ansatz zur Überwachung globaler Finanzmarktaktivitäten fordert. Angesichts von Private Equity, Hedge-Fonds und vielen anderen schwer durchschaubaren Anlagekonstrukten und der Summen, die über sie bewegt werden, tut mehr Transparenz auf den internationalen Kapitalmärkten dringend Not. Deutsche Vorstöße für einen internationalen Verhaltenskodex für Hedge-Fonds haben also durchaus ihre Berechtigung.

Zweitens, Spionagevorwürfe an China: Vor einigen Tagen sorgte eine Reportage in *Der Spiegel* für Aufregung, in der detailliert über die Spionage chinesischer Behörden in deutschen Ministerien und Unternehmen berichtet wurde. Obwohl nicht alles aus diesem Artikel als bewiesen gelten kann, ist die chinesische Praxis, ausländische Produkte ein wenig abzuwandeln und ihnen dann den eigenen, chinesischen Stempel aufzudrücken, für westliche Unternehmen kaum hinnehmbar.

Jenseits des aktuellen Tagesgeschehens stellt sich die Entwicklung der vergangenen Jahre aber weit positiver dar: Der US-amerikanische Analyst Edward Yardeni sprach in der *Financial Times* kürzlich mit Blick auf die Globalisierung von einem zuvor nie da gewesenen globalen Anstieg von Lebensstandard und Wohlstand: Die Zahl derer, die vom Wirtschaftsboom der Nachkriegszeit profitierten, wird auf etwa 300 Millionen Menschen geschätzt (vor allem in Europa und Japan). Heute veranschlagt die Weltbank die Zahl der Menschen die direkt von der Globalisierung profitieren auf rund drei Milliarden. Die Weltbank sagt auch voraus, dass im Jahr 2030 1,2 Milliarden Menschen einer kaufkräftigen globalen Mittelschicht angehören werden. Heute sind es erst 400 Millionen.

Der Münchener Fundmanager Jens Erhard rechnet damit, dass die Schwellenländer auch in den kommenden zehn Jahren die weltweit besten Wachstumschancen bieten und wesentlich weniger anfällig für Erschütterungen auf anderen Märkten sein werden.

Die weltweite Industrieproduktion ist seit 2001 um beeindruckende dreißig Prozent gestiegen. Trotz knapper Rohstoffe bleiben dabei die Preise

recht konstant und die Inflation liegt weltweit auf einem historisch niedrigen Niveau – weil globale Konkurrenz die Preise tief hält. So haben Notenbanken kaum einen Anreiz, die Zinssätze auf ein wachstumshemmendes Niveau zu erhöhen (was historisch gesehen oft der Auslöser für Rezessionen war).

Mit dem Aufstieg der Schwellenländer kommen auch neue Unternehmen auf den Weltmarkt. Der globale Flugzeugmarkt beispielsweise steuerte seit Jahren auf ein Duopol Airbus-Boeing zu. Heute sind es Unternehmen aus Schwellenländern, wie Embraer aus Brasilien, Suchoi aus Russland oder Hersteller aus China, die den Markt beleben und dafür sorgen werden, dass keine Monopole entstehen.

Haben früher vergleichbare Ereignisse wie die US-amerikanische Hypothekenkrise globale Schockwellen ausgelöst, so ist diese Gefahr heute geringer und wird durch den steigenden Wohlstand und die Wirtschaftskraft in den Schwellenländern zunehmend abgefedert. Der wachsende Wohlstand der Nationen durch die Globalisierung sollte also als weltweiter Stoßdämpfer für ökonomische Schocks wirken.

In den Schwellenländern wiederholen sich heute vielfach Entwicklungen, die wir auch aus der deutschen Wirtschaftsgeschichte kennen: Der Aufstieg deutscher Unternehmen wie Thyssen und Krupp von kleinen Eisen-schmieden hin zu mächtigen Stahlimperien ist heute Schulbuchstoff. Die Parallelen zum indischen Stahlmagnaten Lakshmi Mittal, der sein Imperium aus eigener Kraft aus der bescheidenen Stahlschmiede seines Vaters geformt hat, sind augenfällig. Wenn wir als Deutsche und Europäer überall auf der Welt offene Märkte anstreben und wenn unsere Unternehmen weltweit Konkurrenten übernehmen, dann müssen wir auch den umgekehrten Weg zulassen – wie in jüngerer Zeit die Übernahme von Arcelor durch Mittal.

Unser Bekenntnis zum Freihandel ist keine Einbahnstrasse. Wenn Deutschland als Exportweltmeister weiterhin erfolgreich sein möchte, brauchen wir eine klare Reziprozität: Auch wir müssen unsere Märkte für Investoren aus den Schwellenländern öffnen. Staatsfonds und die strategische Abschottung einzelner Branchen, wie in verschiedenen europäischen Ländern angedacht, verbieten sich vor diesem Hintergrund von selbst.

Auch der Handel mit China scheint der deutschen Wirtschaft bei allen Problemen mit dem Marken- und Patentschutz nicht abträglich zu sein: Deutschland ist Chinas wichtigster europäischer Handelspartner. Chinesische Firmen lieferten im vergangenen Jahr Waren für 48 Milliarden Euro nach Deutschland. In Deutschland, wo die DAX-Unternehmen bereits zwei Drittel ihrer Umsätze im Ausland erwirtschaften, führt an China und seinem mit über zehn Prozent jährlich wachsenden Markt ohnehin kein Weg vorbei. Mit scheinbarem Erstaunen wird dieser Tage oft vermerkt, dass China, immerhin ein Volk mit 1,3 Milliarden Menschen, im kommenden Jahr Deutschland (mit 82 Millionen Einwohnern) in Bezug auf die Wirtschaftsleistung überholen dürfte. Allerdings trägt der durchschnittliche deutsche Arbeitnehmer noch immer rund das Fünffache zu seinem Bruttoinlandsprodukt bei als sein chinesischer Kollege. Die Lücke bei Produktivität und Wohlstand zwischen Europa und den Schwellenländern bleibt nach wie vor enorm – und damit auch das globale Wachstums- und Entwicklungspotenzial.

Der Ausbau von Infrastruktur und Bildungssystem, zwei der größten Trumpfkarten der entwickelten Länder, dürfte in den heute aufstrebenden Volkswirtschaften noch Jahrzehnte andauern. Erst für das Jahr 2030 sagt die Weltbank China einen mit Mexiko oder der Türkei vergleichbaren Lebensstandard voraus. Auch die neuen Wirtschaftswunderländer haben also noch lange mit ganz realen Problemen zu kämpfen. Diese Schwächen der Schwellenländer ändern jedoch nichts daran, dass der globale Wettbewerb härter wird. Auch die Anforderungen für Deutschland werden weiter steigen.

Die Globalisierung ist auch ein Katalysator für globale Diskussionen – am besten nachzuvollziehen am Beispiel Klimawandel. Natürlich war der kürzliche Besuch von Angela Merkel auf Grönland vor allem ein symbolischer und bildgewaltiger Akt. Wenn sich die deutsche Bundeskanzlerin zwei Tage im Terminkalender freimacht, um nördlich des Polarkreises die Folgen des globalen Klimawandels zu erfahren, zeigt dies allerdings auch die Relevanz des Themas.

Schon 1972, vor über 35 Jahren, versuchte der Club of Rome, die Wechselwirkungen von Wachstum, Wohlstand und Ressourcenverbrauch in einem komplexen, systemischen Regelkreislauf darzustellen. Ergebnis dieses Experiments war der Report *Die Grenzen des Wachstums* (auf englisch: *Limits to Growth*). Erstmals belegte ein internationales Exper-

tentteam in dieser Studie, dass Wachstum nicht einfach das Produkt aus volkswirtschaftlichen Variablen ist, sondern dass Umweltverschmutzung, Bevölkerungszuwachs und Ressourcenverbrauch an die Grenzen eines linearen, nur an Input und Output orientierten Wachstums führen.

Das Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz, der EU-weit anlaufende CO₂-Emissionshandel, strenge Umweltgesetzgebungen und nicht zuletzt der in vielen Bereichen sinkende Ressourcenverbrauch sind eine indirekte Folge solcher mahnender Stimmen.

Gerade die Schwellenländer haben auf diesem Gebiet heute enormen Handlungsbedarf: Nach Angaben des Vizechefs des staatlichen chinesischen Umweltamtes verursachen Umweltverschmutzung und übermäßiger Ressourcenverbrauch in China schon heute geschätzte jährliche Kosten von 200 Milliarden US-Dollar. Das sind zehn Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung der chinesischen Volkswirtschaft. Bezieht man diese Kosten in Chinas volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ein, so hat das Land derzeit praktisch ein Nullwachstum. In Peking wird dieser Tage die Wirkung von umfassenden Fahrverboten getestet, um die Luftverschmutzung zumindest während der Olympischen Spiele 2008 auf ein erträgliches Ausmaß zu senken.

Hier liegt auch enormes Marktpotenzial für deutsche Unternehmen: Deutschland ist ein Weltmarktführer in Sachen Umwelttechnologie, alternative Energien und Mobilität. Volkswagen bietet bereits heute Golf-Modelle an, die ähnlich sparsam sind, wie ein Toyota Prius Hybridfahrzeug – aber deutlich preiswerter. Deutsche Neufahrzeuge verbrauchen schon heute durchschnittlich 25 Prozent weniger als Anfang der 1990er Jahre und sogar vierzig Prozent weniger als Anfang der 1970er Jahre. Der Aufstieg der Schwellenländer bietet uns heute die Chance, globale Herausforderungen wie den Klimawandel und den Umweltschutz auch wirklich global zu bewältigen.

Gestatten Sie mir zum Abschluss noch einige Worte zur speziellen Lage Deutschlands zu sagen:

Es bleibt unbestritten, dass es in Ländern wie Deutschland weiterhin Druck auf Arbeitsplätze in gewissen Bereichen geben wird – das gilt vor allem für arbeitsintensive Produktionsschritte und leicht transferierbare Dienstleistungen. Umso wichtiger wird es, sich auf die eigenen Kompe-

tenzen zu besinnen: Hervorragende Bildung, gute Infrastruktur, führende Wettbewerbspositionen in den Bereichen Automobil- und Anlagenbau, Chemie und den Bankenplatz Frankfurt/Main.

Technologische Innovationen und komplexes Systemwissen gewinnen für Länder wie Deutschland immer mehr an Bedeutung, denn vor allem sie generieren High-Tech-Produkte und hoch spezialisierte Dienstleistungen mit hohem Mehrwert und Wachstumspotenzial. Der viel zitierte Ausspruch von Bundespräsident Horst Köhler kann kaum oft genug wiederholt werden: „Wir müssen um so viel besser sein, wie wir teurer sind.“.

Globalisierung und der Aufstieg der Schwellenländer können unseren Wohlstand in bisher kaum gekannten Umfang fördern. Sie stellen aber auch die Gestaltungskraft der Politik vor bisher ungekannte Herausforderungen. Urteilt man nach den reinen Zahlen, so hat sich die Globalisierung für den Durchschnittsdeutschen bislang nicht gerechnet: Laut Erhebungen des Statistischen Bundesamts ist das durchschnittliche Haushaltseinkommen in Deutschland von 1991 bis 2005 inflationsbereinigt um zwei Prozent zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum wuchs die deutsche Wirtschaft real um fast 21 Prozent. Mittelfristig mag eine solche Entwicklung als Anpassungsreaktion an den härteren globalen Wettbewerb plausibel erscheinen. Auf Dauer kann solch ein Wachstum aber keine gefestigten Bürgergesellschaften hervorbringen, die Garant für Stabilität und damit wiederum für Wachstum sind.

Generell ist in Deutschland das Interesse an einer Teilhabe an den Globalisierungsgewinnen gering: Nur jeder vierte deutsche Haushalt besitzt Aktien, in der Schweiz sind es 32 Prozent, in Schweden gar fast drei Viertel. Bei im internationalen Vergleich im oberen Mittelfeld liegenden Steuern und Abgaben und stagnierenden Löhnen hat die Politik einen schweren Stand, wenn sie von den Bürgern mehr Flexibilität, mehr Eigenleistung für die Altersvorsorge, mehr gesellschaftliches Engagement und generell die Akzeptanz der bestehenden marktwirtschaftlichen Ordnung einfordert. Die Aufgabe der Politik in Deutschland muss es sein, Bedingungen zu schaffen, um möglichst viele Menschen am globalen Wachstum teilhaben zu lassen.

ZWEITES STATEMENT

Yingwei Ma

Diesen Sommer war ich mit meiner Familie in Deutschland im Urlaub. Wie jedes Jahr haben wir für unsere deutschen Nachbarn Geschenke aus China mitgebracht. Unter anderem ausgerechnet die Barbiepuppe mit dem Hund, die später im deutschen Fernsehen wegen der Gefahr möglicherweise lösbarer Magneteilchen projiziert wurde. Die Peinlichkeit setzte sich fort, als mein Nachbar mir freundlicherweise seine Zugangsdaten für die Internetverbindung gab und einige Zeit später *Der Spiegel* seine Titelgeschichte über „Die gelben Spione“ veröffentlichte (35/2007).

Das heiße Thema in diesem Sommer ist *Angst vor China*. In der Wirtschaft ist China nicht länger gern gesehener Abnehmer von Investitionsgütern aus Deutschland und Europa und Lieferant von preisgünstigen Hemden und Schuhen. China entwickelt sich in vielen Industriebranchen zunehmend zum Wettbewerber für westliche Industrienationen. In der Politik sieht man keine Anzeichen, dass die kommunistische Partei Chinas ihr Machtmonopol aufgibt. Das Land bleibt von Peking aus mit starker Hand zentral regiert, der Militäretat des Landes steigert sich jährlich stets mit einem zweistelligen Prozentsatz und China gewinnt außenpolitisch, vor allem im asiatisch-pazifischen Raum, an Einfluss.

Ist diese Angst begründet? Dafür gibt es aus der Sicht eines Chinesen keine einfache Antwort.

Man beginnt stereotypisch: China ist so groß wie Europa einschließlich der russischen Gebiete westlich des Ural und hat fast doppelt so viele Einwohner. Es gibt Wirtschaftszentren wie Beijing, Shanghai und die Guangdong Provinz, die die Industrialisierungsphase schon hinter sich gebracht haben. Letztere hat kürzlich Taiwan sogar bei den Bruttoinlandsprodukten überholt. Guangzhou, die Provinzhauptstadt, entwickelt sich allmählich zu einer Weltstadt in Südchina und Shenzhen, die Metropole an der Grenze zu Hong Kong, sieht vom Stadtbild her der einstigen britischen Kronkolonie immer ähnlicher. Auf der anderen Seite gibt es in China noch zig Millionen von Menschen, die pro Tag mit weniger als einem US-Dollar auskommen müssen. Diese Einwohnergruppe hat schlechtere Lebensbedingungen als manche Länder südlich der Sahara und spürt kaum etwas von dem rasanten wirtschaftlichen Wachstum Chinas.

In Wuhan habe ich mit eigenen Augen gesehen, was auf der elektronischen Informationstafel der Arbeitsvermittlungsstelle gezeigt wurde: Schlosser mit Berufserfahrung für monatlich 600 Yuan, also knapp sechzig Euro, gesucht. Eine Firma mit deutscher Kapitalbeteiligung in Nanjing zahlte ihren jungen Mitarbeitern ein monatliches Gehalt von umgerechnet fünfzig Euro. Hier zeigt sich der enorm hohe Druck des Arbeitsmarktes, insbesondere für junge Chinesen. Ein anderes Beispiel: Eine Firma aus Guangdong Provinz, die bleihaltige Farben für ein Jeepmodell eines US-amerikanischen Spielzeugimporteurs produziert hat, wurde von der Regierung geschlossen. Über 5.000 junge Arbeiter verloren auf einmal ihren Job.

Neben den oben genannten großen regionalen Unterschieden und der sehr kritischen Beschäftigungssituation hat China noch andere gewaltigen Probleme zu bewältigen. China droht bereits jetzt mit seinen Produkten aus unzähligen Fabriken die Welt zu überschwemmen, während noch mehrere Hundertmillionen Menschen ihre Dörfer gerade verlassen wollen und einen Job in diesen Fabriken suchen. Die Industrialisierung in China ist noch voll im Gange, aber die Umweltsituation ist schon unerträglich geworden. Wo gibt es noch ausreichend saubere Luft und Trinkwasser? Und wer liefert genug Energie, um den wachsenden Bedarf von Industrie und privaten Verbrauchern zu decken? Hinzu kommt die durch die Einkind-Familienpolitik verursachte ungünstig verlaufende demografische Entwicklung. Wie werden Lebensunterhalt und medizinische Versorgung der immer größer werdenden Gruppe von älteren Menschen gewährleistet?

Die Probleme in China sind so komplex und gewaltig. Die Lösungen sind weit und breit nicht sichtbar. Das Land droht zwischen diesen Ungleichheiten und Diskrepanzen zu zerreißen, obwohl es historisch gesehen erstaunlicherweise so viele Widersprüche dulden und ertragen kann. Deswegen wurde lange Zeit der Zusammenbruch des chinesischen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems prophezeit. Denke man an die berühmte Frage, wer all die Chinesen ernähren kann oder an die Diskussion, wie die vermeintlich schwache chinesische Industrie, Landwirtschaft und Dienstleistungsbranche nach Chinas WTO-Beitritt vor den starken ausländischen Wettbewerbern geschützt werden kann. Als die Prophezeiungen fehlschlügen und die chinesische Wirtschaft in einem atemberaubenden Tempo weiter wuchs, erlebte man im Westen einen Stimmungswechsel und nun spricht man überall nur noch von Herausforderungen und sogar von Gefahren für die hiesige Wirtschaft.

Über China wird im Westen, vor allen in den Medien, oft ein schwarz-weißes Bild gemalt. Aus der chinesischen Perspektive betrachtet man die Dinge etwas anders. Im Großen und Ganzen ergänzen sich die chinesische und deutsch-europäische Wirtschaft hervorragend. Laut dem chinesischen Handelsminister läuft der typische sino-europäische Handel nach dem Muster von 800 Millionen Hemden aus China gegen einen Airbus zum beiderseitigen Vorteil. Während westliche Normalverbraucher die preisgünstigen chinesischen Produkte kaufen, drängen immer mehr wohlhabende Chinesen in den Kreis der Konsumenten von westlichen Industrie- oder Luxusprodukten. Zur gleichen Zeit fangen westliche Firmen aber auch schon an, Marktanteile für beispielsweise Elektro- oder Maschinenbauprodukte an die chinesische Konkurrenz zu verlieren.

Dennoch ist es weit überzogen, wenn man die Autoindustrie mit dazu zählt. Denn der Marktanteil des chinesischen Exports weltweit beträgt lediglich 0,3 Prozent. Die bereits vorhandenen Autos oder die Wunschautos meiner Mitarbeiter, meines sonstigen Bekanntenkreises sind fast immer deutsche Marken, vereinzelt französische, selten japanische, aber bestimmt keine chinesischen. Dass Chinesen eines Tages bessere Autos bauen können als die Deutschen, glaubt zumindest in China kaum jemand. Chinesen glauben auch nicht, dass sie jeweils bessere Designer als Italiener und Franzosen sein werden.

Andererseits glauben sie aber auch nicht, dass die Europäer auf einmal besser chinesisch kochen können. Moment Mal! Werden in Meißen nicht

schönere Porzellanwaren erzeugt als in Jindezhen der Jiangxi Provinz, dem traditionellen Zentrum der chinesischen Porzellanproduktion? Gerade hier liegt wohl die Antwort auf die Frage. Wenn man nur in altem Ruhm und Glanz ruht und keine technologischen Erneuerungen betreibt, kann selbst ein gewaltiger Vorsprung wie Eis und Schnee zusammen-schmelzen, wie uns dieses Beispiel zeigt.

Wenn die Diskussion um China zur eigenen Aufmunterung und Motivation dient und die wachsende wirtschaftliche und politische Stärke Chinas im positiven Sinne als Herausforderung angenommen und nicht im negativen Sinne als Gefahr angesehen wird, werden Deutschland und Europa ihre Stärke in der technischen Innovation, in der Produktqualität und des hervorragenden Bildungssystems – hier vor allem in der Berufsausbildung – noch weiter ausbauen können. Dadurch sichert man den technischen Vorsprung vor den Schwellenländern und der hohe Lebensstandard wird auch in Zukunft gewährleistet werden. Aber wenn das Angstthema ein kräftezehrendes Gejammer bleibt und die notwendigen technischen Innovationen nicht getätigt werden, ist der große Vorsprung von heute in der Aufholjagd der Schwellenländer nicht zu halten.

Das Letztere wird aus meiner Sicht unwahrscheinlich sein. Bei meinem jährlichen Urlaub in Deutschland habe ich ständig überraschende Änderungen festgestellt: Die Bedienung im Restaurant ist viel freundlicher geworden, die einst eisigen Gesichter im Geschäft erlebt man kaum mehr wieder. In der Schule wird mehr gelernt und die Ganztagschule wird bald überall im Lande eingeführt. Auf jeden Fall war dies Grund genug für die Entscheidung meiner Frau und mir, unsere Kinder statt die chinesische Schule nun die deutsche Schule in Beijing besuchen zu lassen.

In Deutschland werden bei viel Jammer und Beklagen die Dinge in Bewegung gesetzt, während die Chinesen im Gegenteil eine hohe Dosis von Lob und Ermutigungen brauchen. Vielleicht sind bei uns die Probleme einfach viel zu groß, um sie öffentlich ausdiskutieren? Ich glaube eher an die historisch bedingten kulturellen Unterschiede der jeweiligen Lebensphilosophien.

Das Schimpfgetöse in deutschen Medien um den China-Besuch von Frau Merkel wird von den chinesischen Massenmedien mit der besonders positiven Darstellung einer volksnahen und sparsamen Bundeskanzlerin erwidert. Sie übernachtete in Nanjing nur in einer einfachen Suite,

schnitt beim Frühstück unter normalen Hotelgästen selbst das Baguette, bückte sich und legte sogar das auf den Boden gefallene Brotstück wieder auf den Teller.

Ich glaube, dass es auf diese Art und Weise in den partnerschaftlichen Beziehungen zwischen China und Deutschland sowie zwischen China und der EU weitergehen wird. Das größte Entwicklungsland oder Schwellenland China und die Vereinigung der europäischen Industrienationen, also 1,3 Milliarden Chinesen und über 700 Million Europäer, sind zur erfolgreichen Zusammenarbeit verdammt, um gravierende Weltprobleme zum Beispiel beim Klimaschutz zu lösen.

„Was passiert, wenn es doch scheitert?“ wird vielleicht jemand ganz leise fragen. Über Gespenster redet man in der chinesischen Kultur nicht. In Lunyu, dem zweitausendfünfhundertjährigen Notizbuch von Konfuzius Worten und Handeln steht geschrieben: Der Meister redet nicht von Gespenstern, übernatürlicher Gewalt, mysteriösen Figuren und Göttlichkeiten (Zi Bu Yu Guai Li Luan Shen). Als seine Schüler nach dem Grund fragten, antwortete Konfuzius: „Bevor ich alle Fragen des Diesseits ergründen kann, wie kann ich mich mit dem Jenseits beschäftigen?“ (Bu Zhi Sheng, Yan Zhi Si). Also keine Vogelstrauß-Taktik, sondern die Lösung von überwältigenden Problemen in dieser Welt bedarf wirklich der vollen Konzentration aller menschlichen Kräfte.

HERAUSFORDERUNG FÜR DIE DEUTSCHE AUSSENPOLITIK IM ZEITALTER DER GLOBALISIERUNG

Rede von Eckhart von Klaeden

Sehr geehrte Damen und Herren,

Norbert Röttgen hat das Thema Globalisierung schon aus wirtschaftspolitischer Sicht und bezüglich ihrer Konsequenzen für die innerstaatliche Entwicklung und für unser Verfassungssystem beleuchtet.

Gern würde ich ein paar Gedanken aus außenpolitischer Sicht hinzufügen. Der aus meiner Sicht bemerkenswerte Umstand ist, dass wir von Außenpolitik zwar ständig umgeben sind, ständig sehen wir die Bilder aus aller Welt über die Katastrophen, über die Kriege, hören von den internationalen Konferenzen. Dennoch hat sich das außenpolitische Denken nicht in unserer politischen Klasse und auch nicht in unserem Land so durchgesetzt wie in anderen europäischen Ländern oder in den Vereinigten Staaten. Wesentliche Veränderungen, die die außen- und sicherheitspolitische Lage unseres Landes konstituieren, sind in der Bevölkerung und auch im Parlament noch nicht angekommen.

Diese umfassen aus meiner Sicht drei wesentliche Punkte.

Der erste ist: Deutschland ist nicht mehr automatisch wichtig. Als wir das geteilte Land waren und die beiden Blöcke einander in unserem Vaterland gegenüberstanden, war deutsche Politik automatisch internationale Politik. Die Größen der Welt, der westlichen Welt zum Beispiel, sind nach Berlin gekommen und haben von der Aussichtsplattform am Brandenburger Tor auf die Mauer geschaut. Die Bilder sind Ihnen alle bekannt, z.B. die berühmten Reden von John F. Kennedy, von Ronald Reagan. Die Frage internationaler Politik des Ost-West-Konflikts ist nirgends so greifbar gewesen wie in Deutschland. Diese Zeiten sind Gott sei Dank vorbei. Und das führt dazu, dass der Fokus der Weltpolitik sich von Europa weg auf andere Regionen richtet, auf den Nahen Osten, auf Subsahara-Afrika und auf Asien. Das ist zunächst einmal die Konsequenz einer erfreulichen Entwicklung. Aus meiner Sicht wurde noch nicht ausreichend realisiert, dass es mit einem Bedeutungsverlust unseres Landes verbunden ist.

Der zweite Punkt ist: Wir sind mit unserer Sozial- und Wirtschaftsordnung kein Modell mehr für die Welt. Man schaut nicht mehr wie in den 1950er, 1960er und Anfang der 1970er Jahre nach Deutschland und sagt: „Schaut mal, wie phantastisch Deutschland wirtschaftlichen Erfolg mit sozialem Ausgleich verbindet!“. Das diesbezügliche Ansehen Deutschlands hat sich vor allem in den letzten beiden Jahren verbessert, aber von einem Modellcharakter, wie es früher der Fall gewesen ist und wie wir es selber von uns auch angenommen haben, sind wir doch nach wie vor weit entfernt und ich weiß gar nicht, ob wir jemals wieder in diese Situation kommen werden.

Und der dritte Punkt ist: Wir können für uns keine Sonderrolle mehr aus unserer Geschichte beanspruchen. Nach der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft und der anschließenden jahrzehntelangen Teilung unseres Landes erkennen unsere Partner und Verbündeten uns inzwischen als eine verlässliche und stabile Demokratie an. Das ist zum einen positiv, zum anderen ist es auch mit Erwartungen verbunden. Denn die Sonderrolle, unter der Käseglocke beschränkter Souveränität, hat uns ja vor dem einen oder anderen Ort geschützt. Jetzt hingegen wird von uns auch ein eigener Beitrag erwartet.

Die Globalisierung bringt dabei mit sich, dass jedes Land unser Nachbar ist. Das wird besonders deutlich, wenn man sich näher mit dem Thema des transnationalen Terrorismus beschäftigt oder mit dem, was wirtschaftlich eher verständlich und nachvollziehbar ist, nämlich dass wir

Exportweltmeister sind und dass es einen weltweiten Austausch von Waren und Dienstleistungen gibt.

Dieses hohe Maß an Vernetzung gilt auch in der internationalen Politik. Und letztlich wird man in der internationalen Politik nur Einfluss ausüben können, wenn man auch bereit ist, Einsatz zu bringen. Als ich einmal Henry Kissinger in New York habe besuchen dürfen, hat er mit dem folgenden Satz das Gespräch eröffnet: „Es ist sehr schwer, Außenpolitik zu machen, wenn man nicht bereit ist Opfer zu bringen.“. Und das, finde ich, beschreibt die Situation unseres Landes ganz treffend.

Was sind die Herausforderungen, mit denen wir es zu tun haben? Der Klimawandel, der Aufstieg Asiens – darüber haben wir heute schon gesprochen –, die Frage der globalen Energieversorgung und der Einsatz der Energie auch als Waffe, als politische Waffe, der Systemwettbewerb – auch das ist heute schon angesprochen worden –, die Entwicklung Chinas, die Entwicklung in Russland, symmetrische und asymmetrische Bedrohungen.

Die Frage nach asymmetrischen Bedrohungen bezieht sich nicht nur auf das Verhältnis staatlicher Kriege zu Auseinandersetzungen mit global agierenden Terrororganisationen, sondern auch auf die Wahl der Mittel. Wenn Sie zum Beispiel die Konflikte zwischen Russland und seinen Nachbarn ansehen, wird deutlich, dass Energie eine wesentliche Rolle spielt. Gleiches gilt, wenn Sie das Verhältnis zu Weißrussland oder zur Ukraine betrachten. Der Iran zum Beispiel ist ein Land, in dem wir wie in einem Brennglas unterschiedliche Bedrohungen kombiniert finden können. Ich will jetzt nicht sagen, dass sie sich realisieren werden, aber die Unterstützung von Terrororganisationen, die Wichtigkeit, die ein Land allein aufgrund seiner Rohstoffe genießt und die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen treffen dort zusammen. Und dann schließlich die Gefahren, die mit Staatszerfall und global agierendem islamistischen Fundamentalismus verbunden sind. Die Frage nach Staatszerfall, fehlender staatlicher Autorität und islamistischem Fundamentalismus führt uns automatisch nach Afghanistan und Pakistan. Und das, was nicht nur für die Wirtschaft, für die Vorteile der Globalisierung, sondern auch für die Gefahren gilt, nämlich dass wir immer weiter vernetzt sind, hat Konsequenzen für die Frage der Entwicklung des Völkerrechts.

Der Souveränitätsbegriff des 19. Jahrhunderts gehört der Vergangenheit an. Wir verstehen uns als Bundesrepublik Deutschland als ein Land, das sich der Idee des internationalen Rechts der internationalen Gemeinschaften in der Europäischen Union, aber vor allem in den Vereinten Nationen verpflichtet fühlt. Recht, so ist jedenfalls die innerstaatliche Definition, ist eine Sollensordnung mit dem Anspruch auf staatliche Durchsetzung. Und auch für internationales Recht gilt, dass es durchgesetzt werden muss. Gerade das unterscheidet Recht von Moral bzw. von Ethik, nämlich dass es durchgesetzt wird, durchgesetzt werden muss und das auch gegen den Willen der Rechtsunterworfenen.

Im Völkerrecht gehört dazu die Bereitschaft, sich immer wieder mit anderen zusammenzufinden, die bereit sind, Recht durchzusetzen. Und das bedeutet am Ende auch den Einsatz von militärischer Gewalt. Und dieser Zusammenhang zwischen Einfluss, zwischen Gestaltungswillen und Einsatz – und Opferbereitschaft – dieser Zusammenhang ist in der deutschen Diskussion noch nicht ausreichend angekommen. Das wird insbesondere deutlich, wenn es um Afghanistan geht. Dort ist der erste wesentliche Schritt erreicht, nämlich dass von Afghanistan keine unmittelbare Gefahr mehr ausgeht und dass Al Kaida oder andere Terrororganisationen dieses Land nicht mehr als einen sicheren Hafen, als einen Rückzugsraum, als eine Operationsbasis, missbrauchen können.

Aber der zweite Schritt, nämlich dass es in diesem Land zu selbsttragender Stabilität kommt, die eine Reduktion der internationalen Truppenpräsenz ermöglicht, dieser Schritt ist noch nicht erreicht. Und ich kann Ihnen auch nicht sagen, wann er erreicht sein wird. Nach meiner Einschätzung müssen wir uns darauf einstellen, in diesem Land noch sehr lange mit der internationalen Gemeinschaft und damit letztlich auch mit deutschen Soldaten und den zivilen Helfern präsent zu sein. Ich glaube, dass man da eher in zweistelligen als in einstelligen Jahreszahlen rechnen muss. Wir sind im Augenblick in Afghanistan in einer Situation, in der wir einerseits auf bemerkenswerte Fortschritte hinweisen können, andererseits aber die Entwicklung ins Stocken geraten ist. Die Sicherheitslage verschlechtert sich, der Drogenanbau nimmt zu und das führt dazu, dass das bisher Erreichte in Gefahr gerät. Insofern erfordert die Situation von der internationalen Gemeinschaft eine höhere Anstrengung bezüglich Entwicklungshilfe, Aufbau staatlicher Strukturen – insbesondere staatlicher Sicherheitsstrukturen – und bezüglich des Aufbaus und der Ausbildung von Armee und Polizei. Es erfordert die Bereitschaft, gegen die

stärker werdenden Taliban weiter militärisch vorzugehen. Dieser Verpflichtung wird man sich nicht entziehen können.

Derzeit findet aber eine skurrile Debatte um die Frage statt, wie man sich an der *International Security Assistance Force* (ISAF) oder an der so genannten *Operation Enduring Freedom* (OEF) weiter beteiligen soll. Ich will kurz darauf hinweisen, dass beide Operationen auf unterschiedlicher völkerrechtlicher Grundlage beruhen: OEF auf Artikel 51 der Vereinten Nationen als Ausdruck des Selbstverteidigungsrechts als Konsequenz der Angriffe vom 11. September 2001, und ISAF unmittelbar mandatiert vom Sicherheitsrat. Alleine dies, die größere geographische Ausdehnung von OEF und der unterschiedliche Auftrag sind Gründe, die dazu führen, dass die in Deutschland häufig geforderte Zusammenlegung beider Mandate international völlig illusorisch ist. Zudem sind beide Operationen aufeinander angewiesen. Beide Operationen – nicht nur die OEF – sind auch ein Beispiel dafür, dass durch einen nicht ausreichenden Einsatz das, was man bisher erreicht hat, wieder zerstört werden kann. Denn die Akzeptanz beider Operationen wird gefährdet durch zunehmende – wie man so euphemistisch sagt – Kollateralschäden, das heißt, durch zivile Opfer.

Aber beide Operationen haben als Grund für diese zivilen Opfer neben der Kriegsführung der Taliban, die die Zivilbevölkerung als menschliche Schutzschilde missbraucht, auch den Mangel an Bodentruppen. Denn häufig kommt es zu diesen so genannten Kollateralschäden dadurch, dass in Bedrängnis geratene Bodentruppen Luftunterstützung anfordern müssen, die zu zivilen Opfern führt.

Diese Umstände und ihre Diskussion im deutschen Parlament zeigen wiederum, dass wir in Deutschland noch nicht ausreichend auf derartige Herausforderungen vorbereitet sind. Denn ein Teil dessen, was im Deutschen Bundestag beschlossen wird, um dafür zu sorgen, dass wir uns nicht stärker in das militärische Engagement einbinden lassen, führt in Afghanistan dazu, dass jedenfalls die Möglichkeit von zivilen Opfern zunimmt. Dafür möchte ich Ihnen ein Beispiel geben: Als der Bundestag aufgrund der Schwierigkeiten in der sozialdemokratischen Fraktion den Einsatz der Tornados in einem dritten Mandat hat beschließen müssen, ist durch Druck aus dem Parlament ausgeschlossen worden, dass die Tornados neben der Aufklärungsfähigkeit ihre zweite Fähigkeit, nämlich die Luftbodenunterstützung – den so genannten *Close Air Support* – durchführen können. Dann ist es im Juni dieses Jahres zur so genannten

Schlacht von Kora gekommen, bei der unsere niederländischen Verbündeten im Süden Afghanistans in schwere Kämpfe verwickelt waren. Weil der *Close Air Support* nicht zur Verfügung gestanden hat, waren sie gezwungen, die Panzerhaubitze 2000 über eine Distanz von mehr als dreißig Kilometern einzusetzen. Dass man mit einer Haubitze nicht die Genauigkeit hervorrufen kann, die mit dem *Close Air Support* aus der Luft möglich gewesen wäre, glaube ich, leuchtet jedem ein. Und so hat der Wunsch des Bundestages, zivile Opfer durch den Ausschluss einer solchen Unterstützung zu vermeiden, möglicherweise genau zum Gegenteil geführt.

Aus meiner Sicht verdeutlicht dies, dass wir uns darauf einstellen müssen, auch unangenehme Entscheidungen wie den Einsatz der Bundeswehr mit allen Konsequenzen zu tragen, wenn wir tatsächlich wollen, dass unser Land seiner gewachsenen Verantwortung gerecht wird. Wir müssen uns der Erkenntnis stellen, die Kissinger formuliert hat, dass man eine einflussreiche Außenpolitik nur dann machen kann, wenn man auch bereit ist, Opfer zu bringen. Es muss eine Koinzidenz geben zwischen dem Anspruch des Landes, internationale Beziehungen zu gestalten, und dem dafür erforderlichen Einsatz.

Dies bringt uns zur Frage des Haushaltes. Im Vergleich zum Jahr 1983 hat sich – von der Kaufkraft ausgehend – der Verteidigungsetat halbiert. Und seit der Wiedervereinigung hat sich der Anteil für Außen- und Sicherheitspolitik im Bundeshaushalt von 24 auf 12 Prozent reduziert, und er sinkt weiter. Dies hat unmittelbare Konsequenzen, nicht nur für unsere Möglichkeiten, sondern auch für die Frage der Repräsentanz der Vertretung wirtschaftlicher Interessen im Ausland, insbesondere wenn man sich vor Augen führt, dass Länder wie Großbritannien oder Frankreich ungefähr doppelt so viel für den Auswärtigen Dienst aufwenden wie wir es tun. Das heißt, wenn wir den Platz auf Dauer einnehmen wollen, der uns von anderen zugeordnet, der von anderen erwartet und der letztlich auch der Bedeutung und der Wirtschaftskraft unseres Landes entspricht, müssen wir eine deutliche Veränderung nicht nur des Mittelsatzes, sondern auch der Geisteshaltung in unserem Land zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik herbeiführen.

Das, was in wirtschaftlichen Fragen eher selbstverständlich ist, muss auch in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik erreicht werden.

STRATEGISCHE INDUSTRIEPOLITIK ODER FREIER WETTBEWERB – WIE SICHERN WIR UNSERE SCHLÜSSEL- INDUSTRIEN?

Michael Fuchs

Die Fragestellung dieser Diskussionsrunde ist verräterisch, zumindest aber vom politischen Zeitgeist der letzten Wochen und Monate angehaucht: „Wie sichern wir unsere Schlüsselindustrien?“. Die Gegenfrage eines Ordnungspolitikers müsste lauten: „Seit wann ist es Aufgabe des Staates, bestimmte Branchen oder Unternehmen zu Schlüsselindustrien zu erklären und/oder selbige in einem zweiten Schritt gar vor wem oder wodurch in ihrem Bestand zu sichern?“. Gab es da nicht noch das Instrument des Marktes, die gerühmte *invisible hand* Adam Smith's, das Hayek'sche Entdeckungsverfahren, um Angebot und Nachfrage effizient und effektiv in Einklang zu bringen sowie den Schumpeter'schen Pionierunternehmen?

Die Antwort des Ordnungspolitikers wird lauten: Der Markt wird Schlüsselindustrien entstehen lassen, der Strukturwandel sie vernichten und neue erzeugen. Freier und fairer Leistungswettbewerb wird die Guten stärken und die Schlechten schwächen. Sicherheit gibt es dabei nicht. Aber den größtmöglichen Wohlstand für die Volkswirtschaft.

Zweite nachdenkliche Frage in Anknüpfung an unsere Überschrift: „Strategische Industriepolitik“: Sind Politiker und Staatsdiener die besten Strategen für industrielle, mithin unternehmerische Entscheidungen? Ich habe meine Zweifel und verweise – wohlgemerkt ohne Häme – u.a. auf die interessante Anlagepolitik öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute oder beispielsweise auf die jetzt glücklicherweise endlich revidierte Entscheidung der Politik, jahrzehntelang die teuerste Steinkohle der Welt in Deutschland zu fördern.

Nun gibt es, wie wir alle wissen, gerade in der Politik weder reinen Wein noch reine Lehre. In großen Koalitionen zumal. Und erst Recht im nationalstaatlichen Konzert der Weltwirtschaft. Französische Politiker weigern sich seit Jahrzehnten in der Tradition des Merkantilismus standhaft, deutsche Ordnungspolitik zu betreiben, sondern kreieren lieber selbst *nationale Champions* wie derzeit im Energiesektor. Ein deutscher Bundeskanzler mit Vorliebe für russisches Gas versprach die Rettung eines angeschlagenen Baukonzerns, als die Bauwirtschaft längst keine Schlüsselbranche mehr war. Amerikaner mögen es nicht, wenn sich Asiaten an ihren Seehäfen beteiligen wollen. Die Europäische Kommission als Hüterin auch der Binnenmarktfreiheiten ist der Auffassung, das europäische Energiesparlampen für die Verbraucher die besten sind. Wirtschaftsverbände sind immer für Freiheit und Bürokratieabbau. Wenn es konkret wird, aber bitte nicht bei jener Sonderregelung in ihrer Branche. Die Liste ließe sich wahrscheinlich stundenlang fortsetzen. Selbstkritisch füge ich an, dass auch Teile der großen Koalition der Tarifautonomie nicht recht über den Weg trauen und staatlicher Lohnpolitik nicht abgeneigt sind.

Als ehemaliger, langjähriger Unternehmer bin ich nichts desto trotz folgender fester Überzeugungen: Jede Politik, die eine bestimmte Industriestruktur gegen Markttendenzen konservieren will oder auf zukünftige Wirtschaftsstrukturen im Vorhinein Einfluss nehmen will, ist ein Fremdkörper in einer marktwirtschaftlichen Ordnung und wird langfristig nicht von Erfolg gekrönt sein. Das gleiche gilt für Versuche, Technologieentwicklungen zu steuern.

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ist keineswegs interventionsfeindlich. Im Konzept der Gründungsväter wurde die Herstellung geeigneter Rahmenbedingungen und die Aufrechterhaltung des Wettbewerbs als Hauptaufgabe der Wirtschaft betrachtet.

Die gegenwärtige Diskussion über Schutzregeln gegenüber „unerwünschten“ ausländischen Investoren betrachte ich allerdings mit großer Sorge. Dass ausländische Staatsfonds nichtwirtschaftliche Interessen mit ihrem Engagement verbinden und damit westlichen Unternehmen und Volkswirtschaften Schaden zufügen, lässt sich – zumindest bislang – nicht nachweisen. Prophylaktischen Protektionismus sollten wir jedoch unter allen Umständen vermeiden. Von den rund 390 Milliarden Euro, die es Ende 2005 an ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland gab, kamen laut Bundesbank 319 Milliarden Euro aus anderen europäischen Ländern und 44 Milliarden aus den USA. Aus Russland stammten nur 0,8 Milliarden Euro. Die Direktinvestitionen aus China erreichten die verschwindend geringe Summe von 0,2 Milliarden Euro (zum Vergleich Niederlande 3,0 Milliarden). Von einer *Shopping-Tour* Russlands oder Chinas kann deshalb mitnichten die Rede sein.

Dagegen gibt es zahlreiche Beispiele dafür, dass sich ausländische Anlagegesellschaften in staatlichem Besitz oder ausländische Staatsunternehmen als verlässliche und langfristige Investoren in deutschen Unternehmen engagieren. DaimlerChrysler hatte bislang keinen Grund zur Klage über seinen Miteigentümer Kuwait (7,3 Prozent Anteile).

Es gibt kein pauschal *gutes* und *böses* Kapital. Genauso wenig erscheint es mir praktikabel, die Motive und Geschäftsinteressen von Investoren vor einem Investment oder die wirtschaftlichen Eigentümer von ausländischem Kapital lückenlos und belastbar ex-ante aufzuklären. Neue Genehmigungsbürokratie wäre schlecht für unseren Standort. Restriktive Schutzregeln von deutscher Seite können entsprechende Gegenreaktionen anderer Staaten provozieren. Es sei nur daran erinnert, dass auch deutsche Konzerne mit staatlichem Beteiligungseinfluss wie die Bahn, die Post oder Volkswagen sich ungern in ihrem Auslandsengagement behindert sähen.

Ordnungspolitisch ist es das gute Recht jedes Eigentümers eines deutschen Unternehmens, seinen Besitz an Ausländer – egal ob private oder staatliche – zu veräußern und es ist das gute Recht jedes künftigen ausländischen Eigentümers, das erworbene Know-how und die in seinen Besitz übergangene Technologie auch andernorts zu nutzen. Diese materiellen wie immateriellen Vermögenswerte gehören doch nicht dem deutschen Staat. Vertragsfreiheit ist nun einmal das A und O der Marktwirtschaft. Will man Schlüsselindustrien oder Zukunftsbranchen im Land

halten, dann muss man schlechterdings als Politik für attraktive Rahmenbedingungen sorgen und nicht Schutzzäune aufbauen.

Auch so genannte *goldene Aktien* sind nichts anderes als Schutzzäune. Mehrfachstimmrechte oder Stimmrechtsbeschränkungen sind ein eklatanter Eingriff in verfassungsrechtlich geschützte Eigentumsrechte sowie das Gleichbehandlungsgebot des Grundgesetzes. Das Prinzip *One Share – One Vote* muss meines Erachtens durchgängig erhalten bleiben. Wenn sich die öffentliche Hand genötigt fühlt, sich als Eigentümerin in privaten Unternehmen mit entsprechenden Gesellschafterrechten zu engagieren, dann muss der Staat auch die gleichen Pflichten wie seine Mitgesellschafter erfüllen, einschließlich der erforderlichen Kapitalaufbringung.

Ein striktes Ausrichten möglicher Schutzmechanismen am viel beschworenen Prinzip der Reziprozität halte ich für ungeeignet. Protektionismus ist ökonomisch schlecht und kann durch gemeinsamen Protektionismus nicht besser werden. Gerade deutsche Unternehmen haben ein hohes Interesse, sich frühzeitig in Schwellenländern zu engagieren, auch wenn dort noch partielle Beschränkungen existieren.

Das Außenwirtschaftsgesetz (AWG) mit seinem bewährten Instrumentarium scheint mir nach wie vor das geeignete Regelwerk, um die berechtigten Interessen der Bundesrepublik im sicherheitsrelevanten Bereich zu gewährleisten. Kapitalverkehrsbeschränkungen sollten sich auch künftig allein daran messen lassen, ob der Schutz der Sicherheit und der auswärtigen Interessen unseres Landes in Gefahr sind. Andere Tatbestände rechtfertigen meiner Ansicht nach keine Eingriffe in die Eigentumsrechte deutscher Unternehmen. Ich warne auch davor, den Begriff der *Sicherheit* hier zu überdehnen. Telekommunikations-, Energieversorgungs- und Transportunternehmen gehören, jedenfalls meines Erachtens, nicht in diese Sphäre.

Gegen marktwidriges Verhalten bieten das deutsche und das europäische Wettbewerbsrecht unabhängig von der Herkunft und Qualität der Eigentümer alle erforderlichen Möglichkeiten. Für eine Diskussion über die bestehenden Marktabgrenzungsregeln bin ich jedoch offen.

Wir dürfen uns nicht in globalisierungsfeindlichen, politischen Scheinge-
fechten verlieren und Deutschland vor ausländischen Investitionen abschotten. Die deutsche Volkswirtschaft braucht Wettbewerb, offene Märk-

te und attraktive Rahmenbedingungen. Dann ist es mir um die gegenwärtigen Schlüsselindustrien nicht bange, vielleicht entstehen dann sogar neue.

Deshalb stelle ich zur Überschrift dieser Diskussionsrunde die ketzerische Gegenfrage, die es mindestens ebenso wert ist, diskutiert zu werden: Wie kommt es, dass in den letzten Jahrzehnten so wenig neue Schlüsselindustrien in Deutschland entstanden sind? Nennen Sie mir zehn deutsche Unternehmen, die in den letzten dreißig Jahren hierzulande gegründet wurden und heute echte *Global Player* und nicht nur *Hidden Champions* sind. Mir fällt auf Anhieb nur SAP ein.

GLOBALISIERUNG DER FINANZ-
MÄRKTE – WIE FRAGIL IST UNSERE
WIRTSCHAFT?

ERSTES STATEMENT

Theo Waigel

Lassen Sie mich zu Beginn am Beispiel von zwei Anlagepraktiken zeigen, welche Unterschiede, vielfältigen Möglichkeiten aber auch Risiken die Finanzmärkte unserer Zeit enthalten.

Meine Beschäftigung in gemeinnützigen Institutionen ermöglicht mir den Einblick in die Geldanlagen des Stiftungskapitals. Normalerweise werden solche Kapitalanlagen für gemeinnützige Stiftungen mündelsicher angelegt und erbringen gegenwärtig eine Rendite von 4,5 bis 5,5 Prozent.

In einer mir bekannten Stiftung gestaltet ein Finanzmarktkenner das Stiftungskapital. Dieses Kapital ist auf andere Weise, und zwar in neustrukturierten Wertpapieren angelegt. Es wirft in diesem Jahr 9,1 Prozent Zinsen für das Anlagejahr in zwei gleichen Beträgen ab, solange der Aktienkurs der zugrunde liegenden Aktie nicht unter den Barrierepreis fällt. Dies ist trotz eines gewissen Rückgangs beim DAX in diesem Jahr bisher nicht erfolgt und wird auch wahrscheinlich nicht eintreffen. Damit wird trotz der Krise der letzten Wochen die Anlagepolitik bestätigt.

Als ich vor etwa neun Jahren Alan Greenspan, den legendären Chairman der Federal Reserve Bank fragte, wie er das hohe Wachstum der amerikanischen Wirtschaft in den 1990er Jahren erkläre, antwortete er, dies liege an der

Flexibilität des amerikanischen Arbeitsmarktes, dem richtigen *Policy-Mix* der amerikanischen Wirtschafts- und Finanzpolitik, niedrigen Zinsen und nicht zuletzt an der hohen Produktivität des Finanzmarktes der Vereinigten Staaten, der ca. ein Prozent dieses inflationsfreien Wachstums ausmache. Dieser amerikanische Finanzmarkt war in seiner Innovationskraft, seiner Breite und Tiefe den zersplitterten europäischen Finanzmärkten um fünf bis zehn Jahre voraus. Erst durch die Umsetzung des *Lamfalussy-Verfahrens*, des *Financial Services Action Plan* und der Implementierung in den nationalen Finanzmärkten hat Europa aufgeschlossen und liegt nur noch knapp hinter den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die aktuelle Subprime-Krise vermittelt aber auch eine Ahnung davon, wie riskant der Handel an den Kreditmärkten ist und weshalb er als *Markt für Massenvernichtung* bezeichnet wird. Die Kreditmärkte sind hoch kompliziert. Politiker verstehen sie nicht. Selbst Notenbanker und Bankenaufseher haben ihre Schwierigkeiten. Viele professionelle Investoren sind nicht in der Lage, das Risiko korrekt einzuschätzen (*Financial Times*, 8. August 2007).

Der Umfang der Finanzinvestitionen und die Zahl der so aufgekauften Unternehmen in Deutschland ist beträchtlich: Siemens Nixdorf, MTU, Gerresheimer Glas, Dynamit Nobel, Rodenstock, Celanese, Minimax, Demark, Tank & Rast, Wohnungsgesellschaft Gagfah, Berliner Wohnungsgesellschaft GWS, Plattenbauten in Berlin und viele Unternehmen im Chemie-Bereich zeugen davon. In einer bemerkenswerten Aufstellung berichtet die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (8. Dezember 2006) über den Private-Equity-Markt in Deutschland. Dieser Sektor beschäftigt zwischenzeitlich 800.000 Mitarbeiter und erwirtschaftet sieben Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Finanzinvestoren haben laut JP Morgan im Jahr 2005 in Europa Firmen im Wert von gut 218 Milliarden Euro erworben. Das geschätzte Gesamtvolumen der Wohnungsverkäufe in Deutschland beträgt 25 Milliarden Euro und die zehn größten Transaktionen von notleidenden Krediten deutscher Unternehmer werden auf mehr als dreißig Milliarden Euro beziffert.

BEMERKUNGEN ZUR SITUATION IN DEUTSCHLAND UND DISKUTIERTE KONSEQUENZEN

Der Hauptgrund für die Zurückhaltung deutscher Banken gegenüber Private-Equity-Gesellschaften liegt darin, dass deutsche Banken als

Universalbanken nicht in Loyalitätskonflikte mit ihren Kunden kommen wollen. Das Entstehen der Private-Equity-Fonds spiegelt eine Gewichtsverlagerung im volkswirtschaftlichen Kreislauf wider. Private-Equity-Investitionen in Deutschland führen dazu, dass Kapital für Investitionen zufließt. Das ist grundsätzlich nicht negativ. Durch Investitionen dieser Fonds verringert sich allerdings die Eigenkapitalquote und es steigt der Fremdmittelbedarf. Deutsche Banken sind heute, was Kreativität und Innovationskraft anbelangt, nicht mehr führend in der Welt. Wir waren in Deutschland in den 1990er Jahren sehr stark auf die deutsche Wiedervereinigung konzentriert. Zu dieser Zeit haben andere Länder wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Nicht zuletzt hatten die Amerikaner in den 1980er Jahren mit etwa 500 Milliarden Dollar ihre Sparkassen restrukturiert. Die Schwächen der deutschen Banken äußern sich in mangelnder Rentabilität, geringerer Eigenkapitalausstattung und geringerer Marktanteile. Hedge-Fonds und Private-Equity-Anlagen sind gerade in Deutschland in eine Lücke gestoßen und nehmen Risiken auf sich, die andere Marktteilnehmer nicht oder nicht mehr zu tragen bereit sind.

Professor Dr. Bernd Rudolph, Leiter des Instituts für Kapitalmarktforschung und Finanzierung an der Universität München, beschreibt dies im *ifo-Schnelldienst* (21/2006). Auch in Deutschland vollzieht sich der Trend zur Kapitalmarktorientierung des Finanzsystems. In Deutschland besteht immer noch ein Universalbanksystem. Die meisten Finanzintermediäre stehen zu diesen Universalbanken in einem Abhängigkeitsverhältnis, wie z.B. die Vielzahl der Investmentgesellschaften. Es gibt ein Beziehungsinteresse, für das besonders die Hausbank steht. Die Marktteilnehmer sind an längerfristigen Bindungen interessiert. Hedge-Fonds und Private-Equity-Gesellschaften hingegen legen überwiegend Mittel wohlhabender Privatpersonen und Institutionen wie Pensionsfonds, Unterstützungskassen und Stiftungen an und bewegen sich dabei zwischen Kapitalmarktorientierung und Bankorientierung.

Betroffene, Politik und Öffentlichkeit fordern, die Branche zu regulieren. Die Vorschläge reichen von mehr Transparenz und Überwachung (durch BaFin und EZB) bis zu materiellen Beschränkungen, wie einer begrenzten Abzugsfähigkeit von Zinsaufwendungen und der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen.

Die deutsche Bundesregierung will eine strengere Aufsicht am Finanzmarkt durchsetzen. Dies enthält der Entwurf für ein Risikobegrenzungs-

gesetz, das mit dem Frühjahr nächsten Jahres in Kraft treten soll. Eckpunkte sehen vor, dass die Finanzaufsicht BaFin und die Deutsche Bundesbank Finanzinvestoren stärker als bislang beobachtet. Vor allem jene Banken, die Geld und Aktien an Hedge-Fonds verleihen, dürften unter besonderer Aufsicht stehen. Die Bundesregierung will auch prüfen, ob der Verkauf von Krediten über den Kapitalmarkt stärker gesetzlich reguliert werden muss. Dagegen sollen Wagniskapitalgesellschaften von der Gewerbesteuer befreit werden, wenn sie unter anderem mindestens siebzig Prozent ihres investierten Vermögens in Beteiligungen an jungen Firmen angelegt haben.

Die Rating-Agenturen werden sich angesichts der aufgetretenen eklatanten Schwächen in ihren Bewertungsprozessen zu den Subprime-Risiken einer verstärkten Kritik und auch Korrektur ihrer Rolle stellen müssen. Die drei Großen decken 95 Prozent des Weltmarktes ab. Das ist für eine so einflussreiche Institution keine gesunde Struktur.

WAS LEHRT UNS DIE GEGENWÄRTIGE KRISE?

Die Krise ist in den Vereinigten Staaten durch überschuldete Hausbesitzer entstanden, die sich Immobilien kauften, die sie sich eigentlich nicht leisten konnten. Viele Banken haben bereitwillig mitgemacht und Hypothekendarlehen in Milliardenhöhe vergeben. Sie haben Darlehen sogar an jene Schuldner vergeben, deren Kreditwürdigkeit nachweislich alles andere als gut war. Als die Preise der Häuser fielen, gerieten zuerst die Aktienkurse von Hausbauunternehmen unter Druck. Als die Zinsen stiegen wurde es für Hausbesitzer schwieriger, die Raten ihrer Hypotheken zu bezahlen. So gerieten die Finanziere der Subprime-Hypotheken unter Druck. Als nächstes betroffen waren die Investmentbanken, denen die Hypothekenfinanziere ihre Darlehen verkauft hatten. Damit gerieten die Aktienkurse der Banken unter Druck und es kam zu Schieflagen großer Hedge-Fonds, die sich mit Anlagen von Subprime-Hypotheken verschätzt hatten. Das hat zu tun mit der neuen Welt der Märkte: Kredite werden zu Wertpapieren und damit handelbar (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3. August 2007). Die Banken behalten Kredite an Unternehmen und Privatleute nicht bis zur Endfälligkeit, sondern bündeln sie in Pools und verkaufen sie an Zweckgesellschaften. Diese Zweckgesellschaften refinanzieren sich, indem sie Spezialanleihen an Anleger in aller Welt verkaufen. Als Sicherheit dienen die angekauften Kredite. Diese Spezialanleihen werden als aktiv besicherte Anleihen (*Asset-Backed Securities*,

ABS) bezeichnet. Eine Spielart dieser ABS-Spezialanleihen sind die *Collateralized debt obligations* (CDO). Eine CDO wird in mehreren Tranchen aufgelegt. Die höheren Tranchen erhalten gute und sehr gute Bonitätsnoten, obwohl die unterliegenden Kredite eine schlechtere Bonität haben. Dadurch, dass Kreditinstitute ihre Forderungen samt der damit verbundenen Risiken veräußern, entlasten sie ihre Bilanz, senken ihre Eigenkapitalquote und erhalten neue liquide Mittel.

Dabei stellt sich die grundsätzliche Frage: Woher kommt das viele Geld? Dies liegt in der realen Wirtschaft begründet. Sechs Jahrzehnte Frieden und Wirtschaftswachstum haben in der westlichen Welt im historischen Vergleich unfassbar gewaltige Werte entstehen lassen. An den Finanzmärkten werden diese akkumulierten Werte gehandelt in Form von Aktienanleihen, Krediten und anderen Instrumenten. Gerade die moderne Informationstechnologie hat zur Entwicklung neuer komplizierter Finanzprodukte beigetragen. Rund um die Uhr werden mit dem Computer weltweit Geschäfte getätigt, Aktien gehandelt und Devisen in der Größenordnung von etwa 2.000 Milliarden Dollar am Tag umgesetzt. Die Finanzwirtschaft hat zunehmend das Sagen in den Unternehmen und in der Wirtschaft. Sie ist von der Realwirtschaft unabhängiger geworden. In unserer Welt mit ausgebildeten Kapitalmärkten kommen die Unternehmen leichter ans Kapital, so können sie leichter Entwicklungskosten tragen, produzieren und Arbeitsplätze schaffen. Dazu sind Märkte erforderlich, nämlich Kapitalmärkte. Wie nie zuvor gibt es einen Anlagebedarf der Bevölkerung. Die Finanzwirtschaft muss dafür sorgen, den Wunsch, Geld anzulegen auch zu verwirklichen. Die Größe der Märkte für Anleihen wird heute mit weltweit etwa 25 Billionen Euro beziffert. Etwa 25 Millionen Euro dürfte die Größe der Aktienmärkte darstellen. Die Bedeutung der Finanzmärkte wird bestimmt durch die Zunahme des Finanzierungsbedarfs, durch die Notwendigkeit von Liquidität und Diversifikation und durch die Notwendigkeit, dass Informationsbereitstellung, Allokationsbindung und Abwicklung transparent und effizient vonstatten gehen.

An der Spitze der ökonomischen Globalisierung stehen die Finanzmärkte. Es wäre eine Utopie zu glauben, man könne sich dagegen abschotten. Es gilt vielmehr, die Vorteile der zusammenwachsenden Finanzmärkte zu nutzen und das Weltfinanzsystem durch Krisenprävention wetterfest zu machen. Dabei ist die Europäische Währungsunion (der Euro) eine Antwort auf die Globalisierung. Maastricht ist ein ökonomisches Projekt mit politischer Dimension. Die Zwischenbilanz für den Euro müsste alle

Kritiker zum Verstummen bringen. Der Euro hat sein Potenzial nach außen und nach innen voll entfaltet und seine Feuerprobe nicht erst nach dem 11. September 2001 bestätigt. Er ist zu einem Stabilitätsanker im Weltfinanzsystem geworden. Die Einführung des Euro hatte weitreichende Auswirkungen auf die Finanzmärkte. Innergemeinschaftliche Wechselkursschwankungen sind weggefallen, ein einheitlicher Geldmarkt ist entstanden, das Zinsniveau hat sich weitgehend angeglichen, ein großer einheitlicher Finanzmarkt – ein integrierter Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen – ist entstanden. Der Markt wurde tiefer, das Angebot an Wertpapieren breiter. Die Liquidität nimmt zu, die Kosten für den Zugang zum Liquiditätspotenzial nehmen ab. Die wichtigste Dividende eines großen und einheitlichen Finanzmarktes besteht in einem tendenziell niedrigen Zinsniveau. Mit den Finanzmarktförderungsgesetzen haben wir in Deutschland entscheidend zur Dynamik auf den Finanzmärkten beigetragen.

Ziel ist ein einheitlicher Rechtsrahmen für den Kapitalmarkt und für Finanzdienstleistungen in Europa. Dies wurde im *Financial Services Action Plan* zur Integration der Finanzmärkte vorgelegt. Über vierzig Initiativen im Hinblick auf Börsenprospekte, Pensionsfonds, Insidergeschäfte, Rechnungslegung, Allfinanzkonzerne und einen gemeinsamen Rechtsrahmen für Unternehmensübernahmen sind enthalten.

Der Wandel der Finanzmärkte wird anhalten. Das Geldvermögen liegt gegenwärtig bei gut sieben Billionen Euro. Die jährliche Geldvermögensbildung beträgt rund 300 Milliarden Euro. Die Mittel der Erbgeneration drängen auf den Markt, die Kapitalbildung durch private Altersvorsorge steigt. Die Produktvielfalt wird zunehmen, die Bankenlandschaft gerät in Bewegung, der revolutionäre Wandel im Geldwesen hält an. Die Effizienz der Finanzmärkte ist zu einem entscheidenden Bestimmungsfaktor für die Wirtschaftsdynamik eines Wirtschaftsraums geworden. Ein einheitlicher europäischer Finanzmarkt schafft die Basis für Zukunftsinvestitionen in Europa. Langfristig könnte sich der Finanzplatz Europa zu einem ebenbürtigen Gegenspieler zum Dollar-Raum entwickeln.

Die Globalisierung schreitet unaufhaltsam fort. Sie ist Folge des Endes des Ost-West-Konflikts und der Einbindung Chinas in die liberale Weltwirtschaft. Sie ist Folge der globalen Vernetzung aller Märkte durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien. Sie ist Folge des unaufhörlich wachsenden Anlagekapitals im Westen als Friedensdividende der letzten sechzig Jahre.

Deutschland ist auf liberale Märkte angewiesen. Das gilt besonders für Finanzmärkte. Liberale Kapitalmärkte sorgen für optimale Allokation des Kapitals. Das Kapital sucht Anlagen und Standorte mit höchster Rendite. Neue Formen der Kapitalanlage wie Hedge-Fonds und Private Equity decken Marktlücken, die bisher von klassischen Finanzdienstleistern nicht abgedeckt wurden. Die Globalisierung der Finanzmärkte erhält einen zusätzlichen Schub durch eine neue Unternehmenskultur in nicht familiengeführten Kapitalgesellschaften. Das führt zu einer wachsenden Kapitalmarktorientierung der gelisteten Aktiengesellschaften. Wichtigstes Unternehmensziel ist dabei die Steigerung des Unternehmenswertes, ausgedrückt im Aktienkurs (*Share-Value-Prinzip*). Das erfordert eine möglichst hohe Rendite. Immer mehr gewinnen die Quartalszahlen eine über ihre reale Bedeutung hinaus gerichtete emotionale Ausrichtung. Die Heuschreckendiskussion ist Folge dieser Kapitalmarktorientierung. Hinter ihr steckt die Angst vor:

- einseitigem Renditestreben,
- Ausverkauf des Volksvermögens,
- Ausverkauf nationaler Champions,
- Eindringen anonymer Gesellschafter in den Mittelstand,
- Zerschlagung gewachsener Unternehmen,
- Ausverkauf strategischer Industriezweige an das Ausland,
- Vernichtung von Arbeitsplätzen durch einseitiges Renditedenken,
- wachsender Instabilität des Weltfinanzsystems.

Die Liste von möglichen Gegenmaßnahmen muss gut überlegt und so gering wie möglich gehalten werden. Robert Kimmitt hat dazu am 25. Juli 2007 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erklärt: „Die Hürden für ausländische Direktinvestitionen und einen freien Kapitalverkehr sollten so niedrig wie möglich sein. Sie sollten nur so hoch sein, wie es sich mit dem Gebot der Wahrung der nationalen Sicherheit gerade noch vereinbaren lässt.“

Gefordert werden:

- mehr Transparenz der „Heuschrecken“ durch Offenlegung von deren Kapitalgebern,
- Selbstverpflichtung dieser Gesellschaften für mehr Offenlegung ihrer Geschäfte,
- Genehmigungspflichten strategischer Branchen wie Energie, Kommunikation und Infrastruktur, ähnlich wie in den USA.

Auf EU-Ebene werden gegenwärtig Maßnahmen zum Schutz vor Einstiegsplänen russischer und chinesischer Staatsfonds diskutiert, die durch hohe Devisenüberschüsse gespeist werden (EADS, Bundesbahn, Energieversorger).

Der frühere Chefvolkswirt der HypoVereinsbank, Dr. Martin Hüfner, hat einige Lehren aus der gegenwärtigen Krise gezogen, die ich weitgehend teile. Alle Krisen der letzten 25 Jahre sind aus Übertreibungen und Moden der Märkte entstanden. Diesmal haben die Investoren zu große Risiken in die Bücher genommen, Kreditnehmer haben sich zu hoch verschuldet. Produkte werden komplizierter und unverständlicher, mathematische Modelle können die Risiken nicht wirklich abschätzen. Trotz aller Fehler bei Gesellschaften und Instituten funktioniert das System.

Die großen Zentralbanken der Welt haben ähnlich wie nach dem 11. September 2001 schnell, effizient und international koordiniert gehandelt. Doch sie können die Fehlentwicklungen der Märkte nicht allein korrigieren. Die Renditeerwartungen in den Unternehmen müssen reduziert werden. Wenn die Deutsche Bank 25 Prozent Renditeerwartungen fordert, kann dies auf Dauer nicht realistisch sein. Das Hauptproblem sind aber die kleineren regionalen Häuser, die auf den internationalen Märkten nicht erfahren genug sind.

Die *Financial Times* in London schreibt: „Keine der großen deutschen Landesbanken gehört zu den Top 30 der größten Banken Europas, aber alle rangieren sie unter den Top 30 der Sponsoren von Zweckgesellschaften (*Conduits*). *Conduits* sind die Zweckgesellschaften, die in dieser Krise eine so zentrale Rolle spielen. Die eigentliche Problemstellung sind dabei die nationalen Aufsichten über Häuser, die den Versuchungen der globalen Märkte unterliegen, aber nicht über das notwendige Know-how verfügen. In dem Zusammenhang muss darüber ernsthaft nachgedacht werden, ob die kooperierende, manchmal aber auch konkurrierende Aufsicht der BaFin einerseits und der Bundesbank andererseits das letzte Wort sein kann. Ich persönlich habe immer für eine volle Übernahme der Bankenaufsicht und der Aufsicht für Finanzdienstleistungen durch die Deutsche Bundesbank plädiert, weil sie die personelle Kapazität dafür besitzt und dann endlich wieder eine überzeugende Aufgabe wahrnehmen könnte. Mit ihrer Autorität und Glaubwürdigkeit aus fünfzig Jahren Geldpolitik könnte sie das Vertrauen schaffen, das für die Kapitalmarktaufsicht erforderlich ist.

Ein Zurück in die „heile, abgeschottete Welt von gestern“ gibt es weder in der Realwirtschaft noch auf den Finanzmärkten.

ZWEITES STATEMENT

Kurt Lauk

WIE FRAGIL IST UNSERE WIRTSCHAFT? – DAS BEISPIEL DER GEGENWÄRTIGEN US-AMERIKANISCHEN IMMOBILIENKRISE

Die aktuelle Krise wirft die Frage nach der Stabilität unserer Finanzmärkte auf. Dabei schwanken die Bewertungen der Situation durch Finanzexperten zwischen ernster Krise und überschaubarem Risiko.

Patrick Franke von der Commerzbank sagt voraus, dass sich die US-amerikanische Immobilienkrise voraussichtlich verschärfen wird: „Erst im ersten Halbjahr 2008 dürften die Kreditausfälle den Höhepunkt erreichen.“ (*Die Welt*, 28. August 2007).

Der Chefökonom von Moody's, Pierre Cailleteau, konstatiert, dass durch eine Verschärfung weitere Banken in anderen Staaten in Schieflage zu geraten drohen. Er erwartet keine Finanzkrise, aber „das internationale Bankensystem wird in den kommenden Monaten weitere Unterstützung durch Liquiditätsspritzen der Zentralbanken benötigen.“ (*Die Welt*, 28. August 2007).

Bundesfinanzminister Steinbrück ordnete die Situation folgendermaßen ein: „Die jüngsten Turbulenzen an den

internationalen Finanzmärkten können die finanzwirtschaftliche Situation offenbar nicht nachhaltig schwächen. Heute befindet sich die Wirtschaft in einem robusten Aufwärtstrend und wächst so stark wie seit sechs Jahren nicht mehr.“ (vor der IHK Berlin, 29. August 2007).

Josef Ackermann, Vorstandschef der Deutschen Bank, ordnete die negativen Folgen der US-amerikanischen Hypothekenkrise als „überschaubar“ ein: Das Volumen der notleidenden Hypothekenkredite betrage 1,2 Billionen US-Dollar; die Gesamtkapitalisierung der Aktien- und Obligationenmärkte dagegen 85 Billionen US-Dollar (4. September 2007).

Als Fazit lässt sich folgende Aussage treffen: Die Finanzkrise in den USA ist eine Bewährungsprobe für das Weltfinanzsystem. Eine flächendeckende Rückwirkung auf Deutschland ist jedoch unwahrscheinlich. Dafür sprechen die folgenden Argumente:

- Die Konjunktur in Deutschland ist robust, unter anderem wegen Umstrukturierungen und starker Konsolidierung der Unternehmen in den letzten zehn Jahren.
- Das finanzielle Engagement der deutschen Finanzakteure im US-amerikanischen Immobilienmarkt war eher verhalten, so dass es sich bei den unmittelbar betroffenen Banken um Einzelfälle handelt.
- Eine Faustregel des Internationalen Währungsfonds besagt, dass ein Prozentpunkt geringeres Wachstum in den USA ein um 0,4 Prozentpunkte geringeres Wachstum in der Eurozone zur Folge hat. Die erwarteten krisenbedingten Konjunkturerinbußen in den USA belaufen sich bisher lediglich auf 0,4 bis 0,8 Prozent (so der Notenbankpräsident der USA, Ben Bernanke).

URSACHEN VON INTERNATIONALEN FINANZKRISEN – INSBESONDERE DER AKTUELLEN IMMOBILIENKRISE IN DEN USA

Die Immobilienblase in den USA resultiert aus einer Überbewertung auf dem Immobilienmarkt. Unbesicherte Kredite wurden in großem Maßstab vergeben. Dieses unvorsichtige Geschäftsgebaren der US-amerikanischen Hypothekenbanken stellt einen Verstoß gegen grundlegende Finanzregeln dar. Langfristige Projekte wurden mit kurzfristigem Kapital finanziert.

Zudem wurde die Alte Weisheit „Hohe Rendite gleich hohes Risiko“ ausgeblendet.

In den letzten Jahren haben sich die Finanzmärkte einer stürmischen Wandlung unterzogen. Der Trend ging weg vom klassischen Bankengeschäft allein zwischen Kreditnehmer und Kreditgeber (*buy and hold*) hin zum Markt mit neuen Instrumenten. Die Bündelung und Veräußerung von Krediten und Kreditrisiken auf internationalen Märkten, der Derivatehandel, hat beträchtlich an Bedeutung gewonnen.

Das weltweit gehandelte Volumen der Kreditverbriefungen ist riesig. Mit 100 Billionen US-Dollar ist es doppelt so hoch wie der Börsenwert sämtlicher Aktien oder die jährlichen Wirtschaftsleistung aller Länder der Erde (*Research House CLSA*). Seit 1990 hat das Bruttoinlandsprodukt weltweit um circa die Hälfte zugenommen. Die internationalen Direktinvestitionen haben sich in der gleichen Zeit verfünffacht. Die Bestände an Derivaten lagen Ende der 1990er Jahre mehr als zehn Mal höher als zu Beginn des Jahrzehnts.

In Bezug auf die aktuelle Finanzkrise bedeutet dies eine Fortsetzung und Verstärkung der Immobilienblase als *Derivate-Blase*. Die starke weltweite Vernetzung der Finanzmärkte trägt die US-amerikanische Krise per Schneeballeffekt ins globale Finanzsystem.

Es gibt weitere Beispiele internationaler Finanzkrisen: Mitte der 1990er Jahre stiegen die Auslandsinvestitionen in Thailand enorm. Die thailändische Regierung und dortige Banken unterstützten das Anlegerverhalten. Finanziert wurden langfristige Vorhaben (Immobilien, Straßenbau) mit kurzfristigem Geld aus dem Ausland. Internationales Investmentkapital reagierte aus Furcht vor Überbewertung mit einem Gegensog. Als Konsequenz kollabierte die Finanzstruktur in Thailand.

Bereits vor einigen Jahren stand der amerikanische Finanzmarkt vor dem Kollaps. Russland brachte Rohstofffonds mit hohen Renditen auf den Markt. Amerikanische Anleger besorgten sich bei heimischen Pensionsfonds niedrig verzinstes Kapital und investierten in hoch verzinste russische Bonds – bis der Rohstoffmarkt einbrach. Als Resultat führten Ausfälle bei Pensionsfonds zu Kursverfall. Eine große Breitenwirkung blieb aufgrund des Einsatzes von Alan Greenspan und Robert Rubin allerdings aus.

WIE KANN DEUTSCHLAND AUF DIE GEGENWÄRTIGE KRISE REAGIEREN?

Die „Schotten dicht“ zu machen wäre der falsche Ansatz. Als Exportnation Nummer eins kann Deutschland sich eine Abkopplung von internationalen Finanzmärkten nicht leisten. Eine Studie des *International Monetary Fund* (IMF) zeigt, dass Länder mit stark globalisiertem Finanzmarkt weniger anfällig für Finanzkrisen sind. Sie werden weniger häufig von Finanzkrisen gebeutelt als Länder, die Kapitalflüsse restriktiv handhaben. Im Gegenteil: Deutschland braucht eine verstärkte Öffnung zu internationalen Kapitalmärkten.

Der Grund dafür liegt auf der Hand: Bei der Internationalisierung des Finanzplatzes weist Deutschland einen Rückstand von 10-15 Jahren auf. So ist z.B. die Versorgung mit Frühphasen-Wagniskapital in den USA zwölf mal so hoch wie hierzulande (0,16 Prozent des BIP in den USA gegenüber 0,014 Prozent in Deutschland). Wegen des Bedeutungsverlusts klassischer Bankenfinanzierung entstehen Kapitalengpässe beim Mittelstand. Dieser benötigt dringend moderne Finanzierungsinstrumente wie Private Equity und Wagniskapital.

Bei der Kapitalversorgung ist ein Lückenschluss durch Hedge-Fonds nötig. Sie fördern die Effizienz der Finanzmärkte und tragen zu breiterer Risikoallokation bei. Ferner unterstützen Hedge-Fonds den Preisbildungsprozess und beseitigen Preisineffizienzen. Sie erhöhen die Liquidität der Märkte und unterstützen die Entwicklung neuer Finanzmarktsegmente.

WAS LÄSST SICH AUS DER KRISE LERNEN?

Stabile Finanzsysteme sind keine Selbstverständlichkeit. Konzentrierte internationale Bemühungen für mehr Stabilität sind notwendig, um die Widerstandsfähigkeit gegen Krisen zu erhöhen.

Kurzfristige Liquiditätsspritzen der Notenbanken waren in der aktuellen Krise richtig, um Panikreaktionen zu verhindern. Sie können jedoch kein dauerhaftes Instrument darstellen, da sie dann falsche Anreize setzen: Das „Gefühl des leichten Geldes“ darf sich nicht festsetzen.

Die Einschätzung von Risiken des internationalen Finanzsystems wird immer schwieriger; Kreditrisiken werden nicht mehr dort gehalten, wo

man sie traditionell vermutet. Aus diesem Grund ist es unerlässlich, mehr Transparenz zu schaffen – nicht nur national oder europaweit, sondern international! Zudem müssen Banken, Fonds und andere Institutionen ihr Risikomanagement optimieren. Ein schärferer Blick nationaler Aufsichtsbehörden auf Kreditvergaberichtlinien an ausländischen Finanzmärkten ist angebracht. Die Finanzkontrolle nationaler Aufsichtsgremien ist international zu vernetzen. Die Schaffung von international verbindlichen und einheitlichen Branchenstandards ist ein wichtiger Aspekt, z.B. eine vorrangige Selbstverpflichtung durch einen Branchenkodex und internationale Übereinkommen.

FAZIT

Die US-amerikanische Hypothekenkrise hat weltweit die Augen für die Schwächen des internationalen Finanzmarktes geöffnet. Jetzt ist es an der Zeit, richtige Signale zu geben und Wegmarken für mehr Stabilität und Transparenz zu setzen.

Halten wir es mit Max Frisch: „Eine Krise kann ein produktiver Zustand sein, man muss ihm nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.“.

GLOBALISIERUNG UND IT – DIE MACHT VIRTUELLER MÄRKTE

ERSTES STATEMENT

Tobias Kollmann

FORTSCHRITT UND BEDEUTUNG DER INFORMATIONSTECHNIK

Die Adaption neuer Informations- und Kommunikationsmedien erfolgt in immer kürzerer Zeit. Dauerte beispielsweise die flächendeckende Verbreitung der Fernsprechtechnik in Deutschland von ihrer Erfindung zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts noch einige Dekaden, so setzten sich der Personal Computer (PC) und die Internetnutzung innerhalb weniger Jahre flächendeckend durch. Besonders das Internet hat sich schnell zu einem Massenmedium entwickelt und ermöglicht den Menschen heute eine globale, virtuelle Gestaltung ihres Lebens, wie sie bisher zu keinem anderen Zeitpunkt der Menschheitsgeschichte möglich war.

Wenn heute in den Medien über Informationstechnologie diskutiert wird, dann ist dieser Begriff stets eng mit dem Thema Globalisierung verbunden. Die voranschreitende Globalisierung wiederum ist geradezu von der Anbindung an informationstechnologische Strukturen abhängig. Das Medium Internet nimmt in diesem Zusammenhang einen besonderen Platz ein. Es dient dem weltweiten Austausch von Informationen. Jeder mit dem Internet verbundene Platz dieser Welt ist innerhalb von 100 Millisekunden erreichbar.

Die Informationsmedien entwickeln sich zu einer tragenden Säule von Volkswirtschaften. Sie durchdringen bzw. verdrängen andere Branchen. Information stellt einen eigenen Produktionsfaktor dar. Damit einher geht die Erkenntnis, dass Informationstechnologie nicht nur – wie weithin propagiert – Arbeitsplätze vernichtet, sondern neue, oft hochqualifizierte Arbeitsplätze schafft.

Die Informationsmedien bilden über das Internet ein weltweites Netzwerk für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Die Ansprache, Kommunikation, Nachfrage mit Organisationen, Unternehmen, Konsumenten und Institutionen aus der gesamten Welt ist nur noch einen Mausklick entfernt. Die Globalisierung im Bereich Informationsmedien ist Realität. Jeder ist über das Internet jederzeit und überall erreichbar. Wertschöpfung durch Unternehmen kann rund um die Uhr sicher gestellt werden. Arbeiten, die in Europa während eines Arbeitstages beginnen, werden von Mitarbeitern eines Unternehmens auf den amerikanischen Kontinenten und wenig später in Asien „über Nacht“ vorangetrieben. Wenn der nächste Tag beginnt, kann das fertige Ergebnis in Europa virtuell in Empfang genommen werden.

Die Ausbreitung des Internets, und damit die Menge verfügbarer Informationen, nimmt rasend schnell zu. Laut eines Berichts des US-amerikanischen Unternehmens VeriSign, Inc., dem Betreiber der *Top Level Domains* .com und .net, gibt es weltweit 128 Millionen registrierte Domains, wobei die Angaben sich auf das erste Quartal 2007 beziehen. Im Vergleich zum entsprechenden Quartal des Vorjahres bedeutet dies einen Anstieg um 31 Prozent. Alleine im ersten Quartal 2007 wurden 10,7 Millionen Neuregistrierungen gezählt. Von den 128 Millionen registrierten Domains entfallen ca. 65 Millionen auf die Endungen .com und .net; zehn Millionen Domains mit der Endung .de sind registriert. Somit ist die Länderdomain .de noch vor .uk die weltweit am stärksten verbreitete Länderdomain. Die chinesische Länderdomain .cn ist im Vergleich dazu aktuell nur 500.000-mal vergeben.

Unternehmen, die mit einer Website oder einem Dienstleistungsangebot im Internet vertreten sind, agieren automatisch global, da Inhalte international abrufbar sind. Um eine reibungslose Expansion über Landesgrenzen hinweg zu gewährleisten, ist beim Aufbau einer Marke im Internet taktisches Domainverhalten gefragt. Für Unternehmen, die beispielsweise in Deutschland ihren Ursprung haben, bietet es sich also an, nicht

nur die Domains mit den Endungen .de und .com zu sichern, sondern direkt auch alle anderen populären Top Level Domains, wie etwa .net, .org, .info, .tv, .mobi, .eu, .uk, .it, .cn usw. Sind Privatpersonen oder gar Konkurrenten schneller, kann der Rückkauf einer Domain unter Umständen teuer und langwierig werden. Eine Internationalisierung wird durch sich hieraus ergebende Probleme behindert oder zumindest unnötig erschwert.

DIE GLOBALISIERUNG VIRTUELLER MÄRKTE

Die Anpassung an Weiterentwicklungen moderner Technologien und der Fortschritt der Globalisierung avancieren zum kritischen Erfolgsfaktor. Deutschland und die anderen Staaten in der EU müssen auf der Hut sein, um nicht den Anschluss zu verlieren.

- Der Fortschritt der Informationsgesellschaft ist derzeit in den USA am deutlichsten ausgeprägt. Erst mit großem Abstand folgen Asien und Europa. Gleiches gilt für Innovationen.
- Die Gesellschaft verändert sich. Durch eine fortschreitende Vernetzung über das Internet verlagern sich bedeutende Teile des gesellschaftlichen Lebens im lokalen und globalen Kontext in das World Wide Web.
- Kommunikations- und Informationstechnologien eines Landes müssen auf dem neuesten Stand sein. Um im globalen Wettbewerb bestehen zu können, wird eine leistungsfähige Kommunikations- und Informationstechnologie benötigt, die Wirtschaft und Gesellschaft in die Lage versetzt, schnell und flächendeckend Informationen und Wissen auszutauschen.
- Von hoher Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Versorgung eines Landes mit Breitband-Internet-Anschlüssen. Nur eine qualitativ hochwertige und leistungsfähige Infrastruktur des Breitband-Internet erlaubt es, zukünftig vom globalen Wettbewerb im Internet zu profitieren.

Aus der Verbreitung der Kommunikations- und Informationstechnologie lassen sich weitreichende Implikationen für den globalen Wettbewerb sowie für das Verhalten von Kunden und Unternehmen ableiten. Im globalen Vergleich spielen deutsche IT-nahe Unternehmen derzeit jedoch nur eine untergeordnete Rolle.

Branchenübergreifend ist Deutschland zwar der zweitgrößte Markenexporteur, in den Bereichen Hard- und Software sowie IT-nahe Beratung sucht man deutsche Unternehmen jedoch fast vergebens. Eine Übersicht der besten globalen Marken macht dies deutlich. Unter den Top 100 von „The Best Global Brands“ findet sich mit SAP auf Platz 36 im Jahre 2005 nur ein deutsches IT-Unternehmen von Weltruf. Dieser Umstand wird sich mittel- bis langfristig sicher nicht positiv auf unsere wirtschaftliche Entwicklung auswirken.

Doch was läuft schief im Land der Dichter und Denker? Deutsche Unternehmen sind nicht mehr Innovationstreiber; diese Rolle kommt primär asiatischen und US-amerikanischen Unternehmen zu. Statt auf originäre Konzepte, bauen deutsche Gründungen immer wieder auf amerikanische Vorbilder und verkaufen ihre Unternehmen oftmals nach kurzer Zeit wieder an das Vorbild. Als prominente Beispiele lassen sich *Facebook.com* und *StudiVZ.net* sowie *YouTube.com* und das deutsche Pendant *MyVideo.de* nennen. Ohne eigene und innovative Konzepte besteht jedoch die Gefahr, dass Deutschland auf dem globalen Markt dauerhaft ins Hintertreffen gerät. Hierzulande wird immer noch zu sehr in realen Märkten gedacht. Auto- und Maschinenbau sind starke Industriezweige. Beides wird sicher auch in Zukunft benötigt, Kommunikations- und Informationstechnologie aber sind die Märkte der Zukunft. Impulse für das nachhaltige Wachstum einer Volkswirtschaft finden sich künftig in diesen Wirtschaftszweigen.

Die Orts- und Zeitunabhängigkeit des Internets führt dazu, dass für Kunden reale Standorte und Landesgrenzen kaum noch eine Bedeutung haben. Mit *Amazon.com* ist ein amerikanisches Internetunternehmen im Begriff, zum größten Buchhändler in Deutschland heranzuwachsen. Lokale Online-Anbieter wie *Buch.de* und *BOL.de* haben in diesem Markt kaum eine Bedeutung. Das Zusammenspiel von globalem Wettbewerb und Internettechnologie lässt die Welt zusammenrücken und eröffnet neue unternehmerische Potenziale und wirtschaftliche Herausforderungen. Mit den zunehmenden Möglichkeiten des Kunden wachsen ebenfalls dessen Anforderungen bei der Kaufentscheidung hinsichtlich Bequemlichkeit, Preis und Kundenservice. Unternehmen müssen sich hierauf einstellen. Die weltweite Konkurrenz ist nur noch einen Mausklick entfernt. Auswahl und Transparenz für den Kunden sind in erheblichem Maße gestiegen.

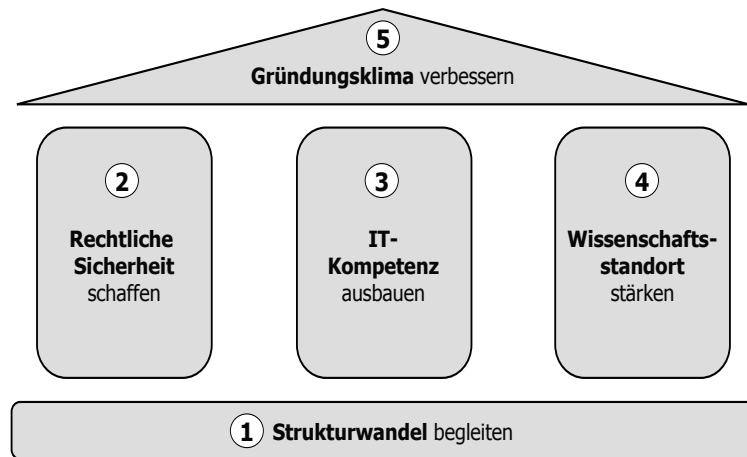
Moderne Kommunikations- und Informationstechnologie eröffnet den Unternehmen zudem neue unternehmerische Chancen, birgt aber auch Gefahren für bestehende Standorte in Deutschland. In der sogenannten *Net Economy*, die auf rein virtuellen Geschäftsmodellen oder Unternehmensgründungen basiert, treffen wir auf unterschiedliche, neue wirtschaftliche Phänomene, wie beispielsweise *V-Entrepreneurship* und *Crowdsourcing*. *SecondLife* stellt eine virtuelle Welt dar, in der die ökonomische Komponente fester Bestandteil des Konzeptes ist und eröffnet somit Möglichkeiten des virtuellen Unternehmertums (*V-Entrepreneurship*). Entwicklungen dürfen heute nicht mehr zwei Jahre dauern, sondern oft nur noch ein halbes. *InnoCentive.com* ist ein Online-Forum, das Unternehmen und Wissenschaftler auf der ganzen Welt zusammenbringt, um anspruchsvolle Probleme der Forschung und Entwicklung zu lösen.

Crowdsourcing, in diesem Beispiel die Bündelung wissenschaftlicher Kompetenz, ermöglicht es, wirtschaftliche Abläufe gravierend zu beschleunigen. Auch in der *Real Economy* verändern sich Geschäftsmodelle und Prozesse. Ursprünglich in Deutschland beheimatete Firmen wandeln sich zu internationalen Unternehmen mit deutschen Wurzeln. Zwischen Idee, Marketing, Beschaffung und Fertigung liegen beim Sportartikelhersteller Adidas heute tausende Kilometer. Informationstechnologie ermöglicht hier die globale Wertschöpfung und lässt diese Wirklichkeit werden. Prozesse, die nicht das strategische Kerngeschäft des Unternehmens betreffen, werden durch *Outsourcing* an Partner weitergegeben. Eine Synchronisation der Wertschöpfung und Integration dieser Partner erfolgt durch die Vernetzung von IT.

Ein weiteres Phänomen des Internetzeitalters sind virtuelle Unternehmen. In weltweiten elektronischen Kooperationen erfolgt eine Integration einzelner Leistungen verschiedener Unternehmen. So ist es Virtual Music Enterprises, einem Online-Musikanbieter, möglich, auf lokale Besonderheiten einzugehen ohne vor Ort selbst präsent zu sein. Aus der geschilderten Situation ergeben sich bestimmte Anforderungen für die Wirtschaftsordnung unseres Landes.

FÜNF ANFORDERUNGEN AN DIE WIRTSCHAFTSORDNUNG

Durch die Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen kann und sollte die Politik Einfluss nehmen auf den IT-Standort Deutschland. Mit dieser Aussage sind fünf Anforderungen an die Wirtschaftsordnung verknüpft.



Quelle: Eigene Darstellung.

Strukturwandel betrifft unterschiedliche Bereiche des wirtschaftlichen Lebens. Verschiedene Dienstleistungen und Industrien verschwinden nahezu vollständig und (neue) Geschäftsmodelle werden im Internet realisiert. Deshalb muss die Politik den Strukturwandel begleiten, anerkennen und fördern, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Um nur einige Beispiele zu nennen:

- Direktbanking ersetzt in vielen Fällen den Besuch einer Bankfiliale. Ein großer Teil der Bankgeschäfte lässt sich heute von jedem beliebigen Punkt der Welt aus erledigen.
- Es existiert ein Trend zur Konvergenz verschiedener Kommunikations- und Informationstechnologien. Mobile *Smartphones* und *Personal Digital Assistants* (PDAs) sind bereits heute Handy, E-Mail-Empfänger und mobiles Internet-Empfangsgerät in einem. Die Kommunikation wird dadurch schneller und nahezu standortunabhängig. Der Druck auf die Mitglieder der Technologiesgesellschaft erhöht sich dadurch zwangsläufig. Wer eine Nachricht versendet, wünscht und erwartet eine umgehende Antwort.

- Anzeigenblätter haben mit starker Konkurrenz aus dem Internet zu kämpfen. Autos, Immobilien sowie weitere Produkte und Dienstleistungen werden heute über Marktplätze im Internet angeboten und verkauft.
- Ein Internetunternehmen ist dabei, Deutschlands größter Buchhändler zu werden. Reisen und Flüge kauft man heute im Internet.

Nur wer Chancen und Trends in sich wandelnden Märkten erkennt, hat langfristig gute Aussichten, im globalen Wettbewerb zu überleben. Märkte werden im Internet oft in kurzer Zeit erschlossen. Wer sein Angebot als zweiter oder dritter Wettbewerber einem Markt präsentiert, langsam ist, oder anfängliche Investitionen scheut, hat in vielen Fällen mit gravierenden Nachteilen bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung seines Unternehmens zu rechnen.

Neue Medien bringen neue rechtliche Probleme mit sich. Staat und Politik sind gefordert, rechtliche Sicherheit zu schaffen – mit Augenmaß und gebotener Eile, ohne die Rechte der Bürger unnötig zu beschneiden oder den gesunden wirtschaftlichen Wettbewerb mit global agierenden Unternehmen zu behindern. Nicht zuletzt durch die starke Zunahme der benutzergenerierten Inhalte im sogenannten Web 2.0 besteht ein Bedarf an der Entwicklung von rechtlichen Rahmenbedingungen.

- Auf der Internetseite *Spickmich.de* können Schüler ihre Lehrer unter anderem als cool und sexy bewerten. Bei Unwahrheiten soll der Portalbetreiber haften.
- Das Portal *Ciao.de* bietet die Möglichkeit der Bewertung von Produkten und Unternehmen an. Jeder kann jeden bewerten. Doch mit welchen Mitteln kann sich ein Unternehmen gegen diejenigen wehren, die bewusst Unwahrheiten verbreiten? Die scheinbare Anonymität des Internets lässt Menschen mitunter eine niedrigere Hemmschwelle empfinden, um ihren Unmut zu äußern. Videoplattformen wie *YouTube.com* werden von Rechteinhabern verklagt. In diesem Bereich stehen etliche Urteile an. Wer haftet, wenn Nutzer geschützte Inhalte auf eine Website hochladen? Die professionelle Produktion digitaler Inhalte ist aufwendig und teuer, eine Kopie hingegen einfach und preiswert.
- Wie werden finanzielle Schäden im virtuellen Wirtschaftsraum behandelt? Eine bei *SecondLife.com* gegründete Bank wurde insolvent. Was passiert mit den 185.000 US-Dollar Schulden?

Rechtliche Sicherheit ist wichtig, um Ansprüche und Investitionen abzusichern. Eine Strafverfolgung gestaltet sich bisweilen allerdings schwierig bis unmöglich. Wie kann ein Unternehmen hierzulande belangt werden, dessen Server auf den britischen Kanalinseln stehen und das als Firmensitz die Bahamas angibt?

Als weiterer Punkt müssen Initiativen zur Stärkung der IT-Kompetenz und des informationstechnischen Ausbildungsstandes ausgebaut und verbessert werden. Investitionen in Humankapital sind hier dringend erforderlich. Nachwuchsförderung kann bereits in der Schule beginnen. Um nur einige Beispiele anzuführen:

- Die *Greencard Initiative* für ausländische IT-Spezialisten ist gescheitert. Welche Gründe gibt es dafür und wie schaffen wir es, Deutschland attraktiv für ausländische IT-Spezialisten zu machen?
- Auf europäischer Ebene wurde der Europäische Computer-Führerschein (ECDL) entwickelt. IT-Basiswissen wird so für jeden Bürger erlernbar.
- Aufklärung in den Medien schützt vor Gefahren und Betrug im Internet. Nur wer Gefahren kennt, kann adäquate Maßnahmen zu Schutz und Abwehr treffen.
- Aus privaten Mitteln werden Initiativen und Fortbildungseinrichtungen finanziert. Das Hasso-Plattner-Institut der Universität Potsdam wurde beispielsweise durch die großzügige Spende eines SAP-Gründers ins Leben gerufen.

Ein höheres Kompetenzniveau ist entscheidend, damit Deutschland und Europa künftig im globalen Wettbewerb erfolgreich agieren können. Investitionen, die heute eingespart werden, kommen uns sonst künftig teuer zu stehen.

Darüber hinaus ist eine Stärkung des Wissenschaftsstandorts Deutschland notwendig, um mit internationalen Entwicklungen Schritt halten zu können und um Innovationsführer zu sein. Die Wissenschaft muss sich dabei dem hohen Anspruch verpflichten, mit Verantwortung und nach ethischen Maßstäben zu forschen. Innovationen müssen kommerziell nutzbar gemacht werden. Die Gestaltung des Wissenschaftsstandortes Deutschland entwickelt sich derzeit erfreulich und ist Teil der politischen Agenda. Die aktuellen Bemühungen sind jedoch zu verstärken und weiter auszubauen.

- Hoffnung verbreiten deutsche Forschungseinrichtungen wie die Institute der Max-Planck-Gesellschaft. Hier wird Wissenschaft auf internationalem Top-Niveau betrieben.
- Das Forschungsförderungsprogramm IKT 2020 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützt nachhaltig den Bereich Zukunftstechnologien.
- Die Konrad-Adenauer-Stiftung und andere Begabtenförderwerke unterstützen talentierte Studenten und Doktoranden bei der Erlangung ihrer Abschlüsse.
- Die Fraunhofer-Gruppe Informations- und Kommunikationstechnik hat sich als nationaler Think Tank einen hervorragenden Ruf erarbeitet.

Weitere Initiativen werden notwendig sein, um global eine führende Rolle im Bereich der Wissenschaft und Forschung einzunehmen. Erfolge in diesem Bereich lassen sich jedoch nicht kurzfristig erzielen. Fördermaßnahmen und eingesetzte Mittel liefern erst mittel- bis langfristig einen spürbaren Rückfluss. Eingesetzte Mittel in diesem Bereich sind allerdings dann verloren, wenn wir es nicht schaffen, exzellenten Wissenschaftlern eine gute Perspektive am Standort Deutschland zu bieten.

Den fünften und letzten Punkt zur Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen bildet die Verbesserung des Gründungsklimas. Junge Unternehmen schaffen neue Arbeitsplätze, unterstützen Innovationen und sichern den Wirtschaftsstandort Deutschland.

- Der High-Tech Gründerfonds investiert Risikokapital in junge Technologieunternehmen.
- Die Gründerausbildung erfolgt an Hochschulen und durch öffentliche und private Träger. Sie ist zumeist jedoch nur Bestandteil einschlägiger wirtschaftswissenschaftlicher Studiengänge. Eine Integration der Gründerausbildung sollte künftig Bestandteil sämtlicher Studiengänge an deutschen Hochschulen werden. Nur so etabliert sich eine Gründerkultur in unserem Land.
- *Business Angels* spielen eine wichtige Rolle bei der Finanzierung und Förderung junger Unternehmen. Besonders der Dachverband der *Business Angels-Netzwerke* in Deutschland BAND e.V. setzt sich für eine Förderung der *Business Angels-Kultur* ein und trägt somit zu einer Verbesserung des Gründungsklimas bei.

- Wirtschaftsförderungen in öffentlicher Trägerschaft erleichtern die Ansiedlung von Unternehmen und Investitionen. Sie sind oft erster Ansprechpartner von Gründern und leisten wichtige Hilfestellungen.

Eine Umsetzung dieser fünf Anforderungen an die Wirtschaftsordnung ist wünschenswert und wichtig, damit Deutschland nicht den Anschluss an die globale Informationsgesellschaft verliert. Kommunikations- und Informationstechnologien sowie die voranschreitende Vernetzung sind hauptverantwortlich für die Globalisierung. Deutschland kann es sich folglich nicht leisten in diesem wichtigen Bereich schlecht aufgestellt zu sein. Die Folgen wären fatal für die künftige wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.

ZWEITES STATEMENT

Alain D. Bandle

Über das Thema *virtuelle Märkte* möchte ich insbesondere aus meinen eigenen Erfahrungen als IT-Hersteller sprechen.

DELL IM VIRTUELLEN MARKT

Für Dell ist dieses Thema der virtuellen Märkte von besonderer Bedeutung, weil unser ganzes Geschäftsmodell – also die Art und Weise, wie wir Geschäfte machen und weltweit mit Kunden und Lieferanten agieren – genau hierauf abgestellt ist. Im Grunde war dies eigentlich schon so, bevor sich die virtuellen Märkte durchgesetzt haben. Dell verkauft schon seit 1984 Computer-Systeme, also lange bevor das Internet begann, die Welt zu verändern. Aber schon damals war unser Geschäft „virtuell“, denn unsere Computer gab es nie im Einzelhandel und es gab auch nie Dell-Filialen. Kunden wählten damals – vor der Internet-Ära – die Geräte auf Grund von Prospekten oder anderer Vertriebsunterlagen aus und bestellten überwiegend per Telefon oder Telefax.

Heute, im Rückblick, wird klar, dass dieser Vertriebsweg und damit das ganze Geschäftsmodell von Dell damals noch auf sein adäquates Medium gewartet hat: auf eine Kommunikations-Infrastruktur speziell für virtuelle Märkte.

Ab einer bestimmten Größenordnung der Geschäftstätigkeit macht diese Infrastruktur den direkten Kontakt zwischen Hersteller und Kunden ja erst möglich. Sie ist überall verfügbar, sie ist leistungsfähig und flexibel genug, um sich unterschiedlichen Bedingungen anzupassen. Nur auf dieser Basis ist es möglich, hochwertige Investitionsgüter, die beispielsweise in Irland hergestellt werden, in Deutschland, England oder Italien direkt zu ordern und dabei, falls gewünscht, sofort eine Information über die Lieferzeit des Systems zu erhalten. Und ebenfalls nur auf dieser Basis ist es möglich, im Anschluss an eine Bestellung den aktuellen Produktions- oder Lieferstatus zu verfolgen. Die Flexibilität des Internet erlaubt es, dass der Kunde dafür weder eine bestimmte Software noch ein besonderes Know-how braucht: Alles funktioniert mit den Standardausstattungen eines beliebigen Internetarbeitsplatzes.

VON DER INFORMATIONSPLATTFORM ZUM E-COMMERCE

So wie die meisten Unternehmen haben auch wir das Internet anfangs primär als Informationsplattform genutzt. Der *virtuelle Prospekt* war als solcher sicher schon ein großer Fortschritt gegenüber einem gedruckten, weil er flexibler ist und schneller auf aktuelle Änderungen reagieren kann. Gerade wenn man seinen Kunden nicht physisch gegenübertritt, muss man Informationen (beispielsweise über Systemkonfigurationen und natürlich auch über Preise) tagesaktuell weitergeben können. Wer in einem virtuellen Markt agiert, kann ja nicht schnell mal ein Preisschild im Schaufenster auswechseln.

Als Informationsplattform ist das Internet also sicher ideal – aber gleichzeitig deutlich unterfordert: Einen Prospekt im Internet zu lesen, dann zum Telefonhörer zu greifen und eine Bestellung durchzugeben (oder gar die Webseite auszudrucken und damit ins Geschäft zu gehen), das ist irgendwie sub-optimal.

So war der nächste Schritt nur konsequent: Das Internet musste sich von einer zwar virtuellen, aber immer auch passiven und eingleisigen Informationsplattform zum echten virtuellen Markt weiterentwickeln. Ab Mitte der 1990er Jahre haben dann auch zahlreiche Unternehmen überall in der Welt in E-Commerce investiert, um es ihren Kunden zu ermöglichen, via Internet einzukaufen. Die Kommunikation über die Plattform Internet wurde damit geöffnet: Kunden können seit dem auf der Website von Anbietern aktiv werden und mit diesen kommunizieren.

Gleichzeitig können Kunden dabei auch die für die Entwicklung der virtuellen Märkte wichtigsten Informationen weitergeben: Name, Datum, Kontonummer usw.

Wir selbst haben 1996 unsere Website dementsprechend erweitert – und konnten damit (endlich) die für unser Geschäftsmodell adäquate Technologie einsetzen. Mit Erfolg, denn bereits im Jahre 2000 konnten wir mit E-Commerce pro Tag über fünfzig Millionen US-Dollar umsetzen. 2003 wurden erstmals fünfzig Prozent unseres Geschäfts online abgewickelt.

VIRTUELLE UND GLOBALE MÄRKTE

Ich meine, unsere eigene Entwicklung zeigt auch den engen Zusammenhang zwischen globalen und virtuellen Märkten. Unser Aufstieg zum weltgrößten Computerhersteller war letztlich erst mit dem World Wide Web möglich. Es hat uns, wie gesagt, eine maßgeschneiderte Infrastruktur geboten. Es hat uns vor allem die Welt geöffnet. Als weltweit verfügbare und weltweit gleich funktionierende Infrastruktur hat das Web die Basis dafür geschaffen, dass virtuelle Märkte heute in der Regel globale Märkte sind.

Globaler Markt heißt dabei aber nicht Einheitsmarkt. Der altbekannte Grundsatz „Think global, act local“ ist ja nicht bloß eine wohlfeile Redensart – zumindest sollte er das nicht sein. Auch in der globalen Wirtschaft behalten regionale Märkte ihre Besonderheiten. Wir selbst erleben das jeden Tag. Auch wenn jeder Computer auf der Welt aus bestimmten technisch vorgegebenen Komponenten bestehen muss, so gibt es zahlreiche Unterschiede, beginnend mit der Ausstattung von Geräten bis zum Design. Und selbstverständlich gibt es auch Unterschiede im Support und in der Art und Weise, wie wir die Kunden ansprechen, ja ansprechen müssen, um überhaupt Erfolg zu haben. Das ist denn auch die Kunst in den globalisierten Märkten: Die richtige Balance zwischen Identität und Differenzierung zu finden.

Das Eingehen auf regionale Besonderheiten ist in meinen Augen ein sehr wichtiger Punkt, der leider oft übersehen wird – gerade auch von Herstellern: Denn ein globaler Einheitsbrei wird auf Dauer zu massiven Akzeptanzproblemen seitens der Kunden führen.

DIE ZUKUNFT DER VIRTUELLEN MÄRKTE: WEB 2.0

Zahlreiche Unternehmen wurden mit dem und durch das World Wide Web erst erfolgreich, und das Web entwickelt sich weiter. Und so gilt: Gerade weil wir das Web als integralen Bestandteil unseres Geschäftsmodells sehen, ist es für uns von größter Bedeutung zu erkennen, was da auf uns zukommt. Eines ist klar: Wer im Jahr 2010 noch immer in den Kategorien des Web des Jahres 2007 denkt, wird nicht erfolgreich sein können.

Als Web 2.0 wird seit etwa zwei Jahren eine neue Phase des World Wide Web (also jener Teil des Internets, den wir normalerweise nutzen) bezeichnet. Dabei ist der Begriff Web 2.0 natürlich stark umstritten – wie könnte es auch anders sein. Ich will mich hier jedoch gar nicht mit Definitionen aufhalten, denn entscheidend ist ja nicht der Name, sondern die Sache, um die es geht.

Worum geht es also beim Web 2.0? Es geht – und das mag für viele überraschend sein – ausnahmsweise einmal nicht um einen (weiteren) technologischen Fortschritt. Zu Recht ist gegen das Konzept des Web 2.0 eingewendet worden, dass die ihm zu Grunde liegenden Technologien mittlerweile rund 10 Jahren alt sind. Aber darauf kommt es gar nicht an, denn neu ist etwas ganz anderes: Mit Web 2.0 ändert sich nicht die Technik, sondern die Art der Nutzung des Web. Die Hauptrolle im Web 2.0 spielen nicht die Betreiber der Websites und ihre Technik, sondern die Benutzer und ihre *Communities* (virtuelle Gemeinschaften).

Typische Anwendungen des Web 2.0 sind, um einige Beispiele zu nennen, das Internet-Lexikon *Wikipedia*, die Foto-Plattform *Flickr*, die Video-Plattform *Youtube*, (die der Online-Riese *Google* kürzlich für stolze 1,6 Milliarden Dollar übernommen hat) und natürlich die zahlreichen Weblog-Foren. Allen diesen Anwendungen ist gemeinsam, dass der jeweilige Anbieter nur eine technische Plattform bereitstellt, während die Inhalte, also das, worum es eigentlich geht, von den Benutzern eingebracht wird.

Das ist somit der wesentliche Unterschied zum herkömmlichen Web: Hier stellte beispielsweise die *Encyclopedia Britannica* die von der Redaktion und Fachleuten geschriebenen Lexikon-Artikel im Web zur Verfügung. Bei *Wikipedia* hingegen sind es die Nutzer selbst, die die Beiträge verfassen und aktualisieren – selbstständig, unentgeltlich und absolut freiwillig. Für die notwendige Qualitätskontrolle sorgen ebenfalls die Nutzer. Fehlerhafte Artikel werden von der Gemeinschaft selbst identifiziert und korrigiert.

Dass dieses Verfahren tatsächlich funktioniert, zeigt ein Blick in *Wikipedia*: Die Artikel dort sind in der Regel von hervorragender Qualität, und hinsichtlich seiner Aktualität ist ein Online-Lexikon an sich absolut konkurrenzlos. Wenn beispielsweise heute ein bedeutender Künstler stirbt, können Sie oft schon nach wenigen Stunden die korrigierte Biografie in *Wikipedia* lesen. Viele Themen können aus Aktualitätsgründen überhaupt nur in einem Online-Lexikon aufgegriffen werden: Schauen Sie nur einmal in einem herkömmlichen Lexikon nach, was dort unter dem Stichwort *Blade-Server* zu finden ist. In *Wikipedia* gibt es darüber eine mehrseitige Abhandlung. Kein Wunder, dass *Wikipedia* die traditionellen Nachschlagewerke allmählich abhängt und auf dem besten Wege ist, eine der beliebtesten Websites überhaupt zu werden.

So also funktioniert Web 2.0. Ich weiß nicht, ob daraus schon deutlich geworden ist, worin die Macht dieses neuen Konzepts besteht – und was das für Auswirkungen auf die Märkte haben könnte.

In der IT gibt es ähnliche Phänomene, wie etwa die immer beliebter und bekannter werdenden Online-Tagebücher (Blogs). Jeder sie im Internet lesen und sich auf Basis der Beiträge ein eigenes Urteil bilden. Unternehmen, die beispielsweise Qualitätsprobleme haben, werden hier gnadenlos abgestraft. Wer auch nur einmal ein missglücktes Produktdesign vorstellt, kann sich sicher sein, dass sich schon wenige Stunden später Blogger zwischen Hammerfest und Sydney über ihn lustig machen.

Noch sind diese Blogs weitgehend eine Angelegenheit von versierten Insidern. Das jedoch wird nicht mehr lange so bleiben. Täglich entstehen weltweit etwa 70.000 neue Blogs. Sicher ist viel Unsinn darunter, aber das Web 2.0 ist ja in der Lage, sich selbst zu organisieren. So entstehen Plattformen, die ihrerseits die Blogs selbst strukturieren, oder man entwickelt Suchmaschinen, mit denen sich bestimmte Themen in Blogs finden lassen. Mehr und mehr werden Blogs in andere Anwendungen integriert, beispielsweise in Suchmaschinen zum Vergleich von Preisen (*Preisfinder*), mit Hilfe derer die Nutzer dann Produktbewertungen und aktuelle Preise finden – und auf denen sie dann über einen Link direkt zu den Anbietern gelangen.

Noch steckt dieses Verfahren, subjektive Beurteilungen, Preisermittlung und Kauf-Link online miteinander zu kombinieren, in den Kinderschuhen. Aber ich bin überzeugt, dass schon in wenigen Jahren kein höherwertiges

Produkt verkauft wird, ohne dass sich die Kunden vorher in den entsprechenden Foren, *Communities* oder Blogs schlau machen.

Es gibt natürlich immer wieder Unternehmen, die in diese Strukturen eingreifen wollen, indem sie entweder unliebsame Beiträge zu unterdrücken versuchen, oder indem sie verdeckt positive Beiträge lancieren. Ich meine allerdings, dass dies nicht der richtige Umgang mit dem Web 2.0 ist. Zum einen kommen gerade im Web 2.0, wo alles öffentlich ist, solche Dinge sehr schnell ans Licht, was dann wiederum einen erheblich größeren Imageschaden für das Unternehmen bedeutet. Zum anderen sollten Unternehmen das Web 2.0 auch als Chance begreifen, mit ihren Kunden besser als bisher zu kommunizieren.

Dell ist selbst aktiv geworden und hat unter der Bezeichnung „Idea-Storm“ den Bloggern eine Plattform zur Verfügung gestellt, auf der sie Anregungen, Vorschläge, aber selbstverständlich auch Kritik an uns und unseren Produkten öffentlich äußern können. Und glauben Sie mir, auch wenn diese Website unter dem Dell-Label läuft, werden wir dort nicht geschont. Aber wir profitieren davon, weil wir hier lernen können, was die Kunden wirklich von uns erwarten – und was sie morgen kaufen wollen. Insofern sollte ich sagen: Wir profitieren nicht trotz der Offenheit, sondern gerade wegen ihr! Dass wir beispielsweise heute das Betriebssystem Linux als Option auf unseren Rechnern anbieten, geht auf Anregungen zurück, die auf dieser Plattform vorgebracht wurden.

Übrigens hatte ich das anfängliche Beispiel zum Produktdesign nicht zufällig gewählt: Gerade in diesem Zusammenhang ist Dell in der Vergangenheit in etlichen Blogs nicht eben freundlich behandelt worden – und dies wahrscheinlich zu Recht. Wir haben auch daraus Konsequenzen gezogen und unser gesamtes Produktdesign erneuert. Offenbar mit Erfolg, denn neuerdings kursieren Videos von unseren Produkten sogar auf der In-Plattform *Youtube* – so, meine Damen und Herren, funktioniert Web 2.0.

TRANSPARENTE MÄRKTE

Die virtuellen Märkte selbst werden sich durch diese Entwicklung erheblich verändern. Vor allem werden sie in Zukunft sehr viel transparenter sein als bisher. Eigentlich ist es schon paradox: Ausgerechnet unsere globalisierten, virtuellen Märkte erinnern nun, was ihre Transparenz

betrifft, ein wenig an die alten Wochenmärkte, wo man auch jede Tomate und jeden Apfel selbst in Augenschein nehmen konnte.

Es deutet daher einiges darauf hin, dass unsere virtuellen Märkte künftig in viel höherem Maße „Käufermärkte“ sein werden, weil die Käufer mit dem Web 2.0 ein Werkzeug in die Hand bekommen, das es ihnen erlaubt, ihre Anforderungen stärker zur Geltung zu bringen, als dies bisher möglich war. Diese Entwicklung wird sicher nicht jedem Hersteller gefallen. Aber ich glaube, Sie können meinen Ausführungen schon entnehmen, dass wir bei Dell die Angelegenheit sehr entspannt auf uns zukommen lassen. Gerade für uns mit unserem indirekten Vertriebsweg ist es enorm wichtig, ein umfassendes Bild davon zu erhalten, was unsere Kunden über uns denken.

DIE ZUKUNFT DER VIRTUELLEN MÄRKTE: *SECONDLIFE*

Lassen Sie mich zum Abschluss noch ein Thema ansprechen, das in letzter Zeit intensiv diskutiert wurde und das im weiteren Sinn auch in die Sphäre des Web 2.0 gehört: *SecondLife*.

SecondLife ist gewissermaßen die nächste Stufe der Virtualisierung: Hier ist nun alles virtuell. Dieses Leben spielt sich ganz im Inneren einiger Rechner ab. Es gibt in der 3D-Welt von *SecondLife* natürlich keine wirklichen Menschen, sondern *Avatare* – eine Art digitaler Homunkulus – die stellvertretend für ihre Schöpfer herumlaufen, sich unterhalten und auch Geschäfte machen können. *SecondLife* erinnert ein wenig an ältere Science-Fiction-Filme, mit dem entscheidenden Unterschied, dass sich jedermann mit einem eigenen *Avatar* beteiligen kann. Dem Vernehmen nach haben sich bereits acht Millionen Nutzer bei *SecondLife* angemeldet, ständig aktiv sind etwa 20.000. Zahlreiche namhafte Unternehmen haben Niederlassungen in *SecondLife* gegründet: Daimler Chrysler, BMW, Sony, der Axel Springer Verlag, Adidas – und auch Dell. Und es gibt seit einiger Zeit auch eine Repräsentanz des deutschen Bundeslandes Baden-Württemberg. *SecondLife* verfügt über einen eigenen Wirtschaftskreislauf und eine eigene Währung – den *Linden-Dollar*.

Nachdem *SecondLife* anfangs große Aufmerksamkeit gefunden hat, ist die Begeisterung mittlerweile abgekühlt. Die großen Erwartungen, mit denen sich manches Unternehmen – und eben auch wir – an *SecondLife* beteiligte, haben sich zumindest bislang nicht erfüllt. Wenn man heute

SecondLife besucht, steht man oft alleine auf weiter Flur; da nehme ich unsere eigene Niederlassung in *SecondLife* gar nicht aus.

Und wenn man doch jemanden trifft, wird man den Verdacht nicht los, es könnten *Avatare* anderer Hersteller sein, die mal nachsehen, ob es bei uns auch so leer ist. Anders ausgedrückt: Die zündende Idee, die dem durchaus innovativen Konzept zum Durchbruch verhelfen könnte, steht noch aus.

So ist *SecondLife* in seinem aktuellen Zustand auch ein Beispiel dafür, dass nicht alles schon allein deshalb funktioniert, weil es im Internet stattfindet. Auch hier gibt es technologische Sackgassen, und es gibt hier nun einmal kein Schild, das uns schon am Anfang sagt, dass wir gerade in eine Sackgasse einbiegen. Aber auch das ist typisch für die Logik des Web: Es gibt keinen stabilen Zustand, in dem man sich als Unternehmen für ein paar Jahre oder gar Jahrzehnte einrichten könnte. Laufend entsteht Neues, und man beteiligt sich, man probiert, man schaut, ob sich tragfähige Lösungen entwickeln. Und wenn nicht, versucht man sich an einem neuen Thema. Schluss.

Web 2.0 ist übrigens kein reines IT-Thema. Ich bin überzeugt, dass sich die Logik der virtuellen Märkte und die Denkweise des Web 2.0 langfristig auch auf andere Bereiche der Gesellschaft auswirken wird.

Derzeit arbeiten die öffentlichen Verwaltungen ja noch an der Umsetzung von E-Government. Wenn Bürger ihre Kommunikation mit Behörden per Internet abwickeln, also beispielsweise Anträge oder Formulare digital weitergeben, so erleichtert das beiden Seiten die Arbeit. Die Technik dafür ist seit langem bekannt und wird ja auch vielfach erfolgreich eingesetzt. Was hier noch fehlt ist flächendeckende Umsetzung. Aber E-Government gehört doch noch ganz in die Sphäre des herkömmlichen Web: Die Kommunikation wird voll und ganz vom Betreiber der Internet-Seiten – also den Behörden – vorgegeben. Diese Kommunikation wird mit Web 2.0 natürlich nicht obsolet – die beiderseitigen Vorteile von E-Government bleiben ja bestehen. Aber das wird den Bürgern auf Dauer nicht reichen und ich bin mir sicher, dass sich auch im öffentlichen Bereich nach und nach Elemente des neuen Web verbreiten werden.

Je mehr sich die Bürger an die neuen Möglichkeiten der virtuellen Märkte gewöhnt haben, desto mehr werden sie diese auch hier suchen – und

weil die Aktivität im Web 2.0 von den Nutzern ausgeht, werden sie die dafür nötigen Strukturen selbst schaffen – ohne erst lange um Erlaubnis zu fragen. So werden Blogs, Meinungsplattformen und womöglich sogar Bewertungsportale in Zukunft nicht nur für die Märkte, sondern auch für die Politik und das öffentliche Leben eine wichtige Rolle spielen.

Lassen wir uns überraschen!

„GLOBAL EUROPE“ – EINE AUSSENHANDELSSTRATEGIE FÜR DIE EU?

Rede von Daniel Caspary

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

mein Vortrag wird auf folgende Themen eingehen: Zum einen werde ich Ihnen die im Oktober 2006 von der Kommission vorgelegte Außenhandelsstrategie der Europäischen Union vorstellen. Zum zweiten werde ich Ihnen darlegen, welche Punkte der Außenhandelsstrategie den Anforderungen, die wir in diesen Tagen herausgearbeitet haben, genügen und drittens, welche der auf dieser Tagung erörterten Punkte aus meiner Sicht auf EU-Ebene derzeit nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Durch den (Wieder-)Aufstieg vieler Schwellenländer, insbesondere aus Asien verliert Europa zusammen mit den USA allmählich wieder seine weltwirtschaftliche Vorrangstellung. Asien hatte 1820 schon einmal knapp sechzig Prozent Anteil am globalen Bruttosozialprodukt. Das bislang durch die westlichen Industrieländer geprägte Weltwirtschaftssystem wird folglich zunehmend multipolarer. Lag der Anteil der sechs Gründerstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) an den Gesamtausfuhren in der Welt im Jahr 1958 noch bei 23,9 Prozent, so verringerte er sich trotz der

Erweiterungen auf die EU der 25 im Jahr 2005 auf 18,1 Prozent. Bemerkenswert sind die Zahlen für China, dessen Anteil an den weltweiten Exporten von 0,6 Prozent im Jahr 1981 auf 10,1 Prozent im Jahr 2005 stieg.

Damit einhergehend wird sich der Wettlauf um Märkte und Ressourcen verstärken. Die Europäische Union wird es in Zukunft schwerer haben, ihre Vorstellungen und Interessen durchzusetzen. Dabei geht es nicht nur um den Titel „Exportweltmeister“, den Deutschland voraussichtlich im nächsten Jahr abgeben muss. Es geht vor allem darum, faire Wettbewerbsbedingungen für unsere Unternehmen zu bewahren oder zu erreichen, ihnen neue Marktzugänge zu sichern, europäische Standards in den internationalen Rahmen einzubringen, den Schutz europäischer Innovationen und des geistigen Eigentums zu stärken und die Versorgung mit Rohstoffen jeglicher Art sicherzustellen.

Wie können wir dies aber erreichen? Sind wir der Globalisierung ausgeliefert? Einzelne Staaten in Europa – auch die größeren – werden ihre Stimme im globalen Rahmen wohl kaum hörbar machen können. Souverän im herkömmlichen Sinne ist heute keiner der im Weltmaßstab kleinen europäischen Staaten mehr – die Verflechtung der Weltwirtschaft hat vielfältige Abhängigkeiten entstehen lassen und sie vertieft sie immer mehr. Zurzeit wird eine intensive Diskussion um die Zukunft der Energieversorgungssicherheit und die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in diesem Themenkomplex geführt. Dies ist nur ein deutliches Beispiel neben anderen für die kommenden Herausforderungen.

Eine Antwort hierauf ist die Bündelung der Kräfte auf europäischer Ebene. Warum? Die EU kann als noch immer weltgrößter Binnenmarkt in globalen Foren eher ihre Stimme erheben und die Interessen der 27 Mitgliedstaaten und 485 Millionen Einwohner besser vertreten als es die einzelnen Mitgliedstaaten vermögen. Schon die Gründerväter der heutigen EU gingen mit einer ähnlichen Zielrichtung vor fünfzig Jahren an die Schaffung der EWG heran, als auch die gemeinsame Handelspolitik eingeführt wurde. Die Herausforderungen von heute machen eine durchdachte handelspolitische Strategie dringend notwendig. In der Vergangenheit gab es eine solche Strategie scheinbar nicht. Vielleicht war in den ersten Jahrzehnten nach der Gründung der EWG eine gemeinsame Außenhandelsstrategie auch nicht so dringend notwendig. Der Anteil der EWG am Welt-BIP war relativ gesehen wesentlich größer und der sich

entwickelnde Binnenmarkt war im Vergleich zu den bis dahin verhältnismäßig abgeschlossenen Volkswirtschaften recht groß.

In diesem Binnenmarkt – ergänzt durch die damaligen Wettbewerber USA, Kanada und Japan – lebten damals rund 700 Millionen Menschen. Westdeutschland mit damals rund sechzig Millionen Einwohnern spielte in diesem „westlichen Markt“ eine große Rolle. In der heutigen Welt mit sechs Milliarden Wirtschaftsteilnehmern sind achtzig Millionen Deutsche jedoch eine zu vernachlässigende Größe. Heute sollte daher ein Konzept erarbeitet werden, wie der EU-Binnenmarkt als ein mögliches Vorbild eines weltweiten Wettbewerbsrechts als „Exportschlager“ etabliert werden kann.

Die Europäische Kommission hat im Oktober 2006 in der Mitteilung „Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt“ (englisch: „Global Europe – Competing in the World“) ihre Vorstellungen für eine neue Handelsstrategie vorgelegt. Im Ausschuss für internationalen Handel bin ich der verantwortliche Berichtersteller des Europäischen Parlaments zu diesem Thema. Die entsprechende Stellungnahme zu dieser Mitteilung wurde am 22. Mai 2007 vom Plenum angenommen. Wie geht nun die europäische Handelsstrategie auf die globalen Herausforderungen ein?

Ich möchte das an zwölf Thesen illustrieren.

1. EUROPA MUSS INTERNE REFORMEN VORANBRINGEN

Ein wichtiger Punkt sind interne Reformen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken. Unter dem Stichwort Wettbewerbsfähigkeit legte die Lissabon-Agenda anfangs den Fokus sehr stark auf interne Reformen. Jedoch ist eine Kohärenz zwischen internen und externen Politiken notwendig, um international erfolgreich zu sein. Erstmals verpflichtet sich die Kommission, bei jedem neuen EU-internen Vorhaben zu prüfen, welche Auswirkungen dies auf die externe Wettbewerbsfähigkeit hat. Doch wird dies in der Praxis durch Kommission, Parlament und Rat eingehalten?

Innerhalb der EU müssen daher konsequent bestehende Markthindernisse wirksam beseitigt und der Binnenmarkt vollendet werden. Damit fördern wir den internen Wettbewerb und stärken zugleich die Fähigkeit unserer Unternehmen, auf Wettbewerbssituationen reagieren zu können.

Die Vollendung des Binnenmarktes gestaltet sich in der Praxis leider schwierig. Die Diskussion um die Dienstleistungsrichtlinie hat uns dies wieder einmal gezeigt.

2. EUROPA BRAUCHT FREIEN HANDEL STATT PROTEKTIONISMUS

Die Kernfrage von heute morgen war: „Strategische Industriepolitik oder freier Wettbewerb – Wie sichern wir unsere Schlüsselindustrien?“. Für die Zukunft wird sich Europa entweder zwischen einem Mehr an Wettbewerb auf Basis klarer und einzuhaltender Regeln oder eher einem protektionistischen Schutz vor ausländischer Konkurrenz entscheiden müssen. Im Bericht des Europäischen Parlaments wird diese Frage mit folgendem Zitat eindeutig beantwortet: „In der Erwägung, dass Protektionismus ineffiziente Wirtschaftssektoren schützt, Mittel aus produktiven Sektoren abzieht, zu einem Anstieg der Preise und in letzter Konsequenz zu Arbeitslosigkeit führt.“.

Die Wettbewerbssituation von Unternehmen in der EU ist dank des Binnenmarktes deutlich besser als in den meisten Staaten der Welt. Dies ist erfreulich. Auch für externe Anbieter ist unser EU-Binnenmarkt so offen wie kein Zweiter. Leider wird global betrachtet diese Offenheit nicht überall gleichermaßen praktiziert. Ein Ziel europäischer Handelspolitik muss es daher sein, unsere Handelspartner zu weiteren Marktöffnungen zu bewegen. Hier dürfen wir aber nicht den Fehler machen, einzelne (Teil-)Märkte protektionistisch reziprok abzuschotten, wenn die Wettbewerber ihre Märkte nicht öffnen. Diese Hausaufgabe hat das Europäische Parlament der Kommission mitgegeben.

3. DIE WTO MUSS GESTÄRKT WERDEN

Das beste derzeit vorhandene Instrumentarium zur weiteren Liberalisierung und Marktöffnung ist die WTO. Trotz aller Schwierigkeiten in der aktuellen Handelsrunde muss am Ziel einer multilateralen Handelsliberalisierung im WTO-Rahmen festgehalten werden. Auch wenn die Aussichten eines erfolgreichen Abschlusses sicher nicht die besten sind, sollte die EU vieles daran setzen, doch noch zum Erfolg zu kommen. Mittelfristig stellen sich sicher die Fragen nach einer Reform der WTO und der Schaffung eines internationalen Wettbewerbsrechts. Derzeit ist hierfür jedoch noch nicht der richtige Zeitpunkt.

4. BILATERALE HANDELSVERTRÄGE SIND NUR DIE ZWEITBESTE OPTION

Bilaterale oder regionale Freihandelsabkommen stellen allenfalls eine zweitbeste Option dar. Mit ihnen verbinden sich vielfältige Nachteile. So erhöhen sich durch die Vielzahl unterschiedlichster Abkommen die Transaktionskosten für unsere Unternehmen und es entstehen neue Hürden für die Beteiligung vor allem von Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) am internationalen Handel. Zudem können bilaterale Handelsabkommen mittel- und langfristig das multilaterale Handelssystem schwächen, da für die beteiligten Wirtschaftsräume die Anreize sinken können, über WTO-Handelsrunden einen erleichterten Marktzugang zu erhalten.

Die EU steht vor einem Dilemma. Entweder kann sie kurzfristige Interessen mittels bilateraler Freihandelsabkommen durchsetzen. Hierbei muss sie dann aber unter Umständen eine Schwächung des Multilateralismus in Kauf nehmen, was nicht im Interesse der EU sein darf. Oder aber sie verzichtet auf ihre aktuellen Handelsinteressen zugunsten eines Festhaltens am multilateralen Weg.

Als möglichen Ausweg sehe ich eine Doppelstrategie: Einerseits sollte die Auswahl der Freihandelsabkommen auf die Staaten oder Wirtschaftsregionen beschränkt werden, mit denen unsere Wettbewerber bereits ein Abkommen verhandeln oder abgeschlossen haben. Andererseits sollte der Umfang dieser Freihandelsabkommen über die Themen der WTO und möglichst auch unserer Wettbewerber hinausgehen. Damit könnten diese Abkommen Wegbereiter für Fortschritte auf multilateraler Ebene sein. Zusätzlich sollten Standards in diesen Freihandelsabkommen verankert werden, die vorab plurilateral auf möglichst breiter Grundlage vereinbart wurden (z.B. bei den Ursprungsregeln). Ich bin gespannt, ob die Kommission diesen Ansatz aufgreift.

5. HANDELSPOLITIK DARF NICHT ÜBERFRACHTET WERDEN

Bei allen internationalen Verhandlungen muss sich die europäische Position noch stärker als bisher an den handelspolitischen Interessen der EU ausrichten. In der Vergangenheit wurde die Handelspolitik zu oft dafür genutzt, andere Politikziele durchzusetzen. Durch Zugeständnisse auf Kosten der wirtschaftlichen Interessen Europas wurden Erfolge in anderen Politikbereichen erkaufte, z.B. bei sozialen Fragen, Menschenrechten,

Umweltfragen etc. Es stellt sich die Frage, ob wir uns das in der Welt des 21. Jahrhunderts angesichts erstarkter Wettbewerber und einer in Relation zu anderen Wirtschaftsräumen deutlich „unwichtigeren“ Position der EU auf den globalen Märkten noch leisten können. Eine Mehrheit im Europäischen Parlament ist der Auffassung, dass in Zukunft die Handelspolitik nicht durch sachfremde Fragen überfrachtet werden darf. Ich bin gespannt, ob sich die Kollegen bei konkreten Entscheidungen dann noch daran erinnern werden.

6. REGELN MÜSSEN EINGEHALTEN WERDEN

Die EU muss noch mehr als bisher darauf achten, dass bestehende Regeln innerhalb der WTO oder der bilateralen Handelsverträge auch eingehalten werden. Dies ist oft nicht der Fall. Dies gilt insbesondere für den Bereich des geistigen Eigentums, in dem vielfach bestehendes Recht nur sehr unzureichend angewendet wird oder gar die Anwendung aktiv behindert wird. Hier muss die EU eine strengere Haltung ähnlich dem Beispiel der USA im Fall China einnehmen.

7. DIE EU MUSS GEGEN UNFAIRE MITSPIELER WEHRHAFT SEIN

Schutz vor unfairen Handelspraktiken bieten die Handelsschutzinstrumente der EU, insbesondere die Anti-Dumping-Regeln. Eine breite Mehrheit im Europäischen Parlament ist der Meinung, dass die von der Kommission angeregte Revision derzeit nicht geboten ist. Zum einen finden derzeit auf WTO-Ebene Gespräche zum Thema Handelsschutzinstrumente statt. Deren Ergebnissen sollte nicht vorgegriffen werden, auch wenn ich da nicht sehr optimistisch bin, was mögliche Ergebnisse angeht. Die Tendenz bei vielen anderen WTO-Mitgliedern geht aber eher in Richtung Beibehaltung oder gar protektionistischer Verschärfung der Handelsschutzinstrumente. Die EU hat heute schon eines der weltweit liberalsten Anti-Dumping-Regime. Handelskommissar Peter Mandelson versucht nun trotzdem mit allem Nachdruck und auch Erfolg (z.B. Energiesparlampen), eine Aushebelung der Handelsschutzinstrumente zu bewirken. Dies ist nicht hinnehmbar.

Anti-Dumping ist per se kein protektionistisches Instrument, sondern dient bei korrekter Anwendung der Bekämpfung unfairer Wettbewerbspraktiken. In diesen Fällen wollen wir als Parlament das Instrument

wirksam eingesetzt sehen. Dies ist wie gesagt derzeit ein großer Konflikt zwischen Kommission, Rat und Parlament.

8. WIR BRAUCHEN EIN INTERNATIONALES WETTBEWERBSRECHT

Die Schaffung eines internationalen Wettbewerbsrechtes wäre der Idealfall. Mit der Schaffung des Binnenmarktes und des EU-Wettbewerbsrechts wurden beispielsweise die Anti-Dumping-Regelungen innerhalb der EWG obsolet. Die Aussichten für internationales Wettbewerbsrecht sind auf absehbare Zeit leider unrealistisch. Wir sollten jedoch versuchen, diese Vision langfristig nicht aus den Augen zu verlieren.

9. NICHTTARIFÄRE HANDELSHEMMNISSE MÜSSEN ABGEBAUT WERDEN

Angesichts sinkender Zollsätze gewinnen nichttarifäre Handelshemmnisse eine neue Bedeutung. Beispiele gibt es viele. So trat Berichten zufolge in Südkorea bis vor kurzem die Steuerfahndung zufällig immer nach dem Kauf eines deutschen Oberklassefahrzeugs in Aktion. Besondere Sorgen machen mir die zahlreichen im Rahmen der Terrorismusbekämpfung eingeführten Sicherheitsregelungen im internationalen Warenverkehr. Die Terrorabwehr darf nicht zum nichttarifären Handelshemmnis des 21. Jahrhunderts werden.

10. STANDARDSETZUNG IST EIN INTEGRALER BESTANDTEIL DER HANDELSPOLITIK

In vielen Fällen sind die Standards in der EU nicht kompatibel mit denjenigen unserer Handelspartner. Hier machen sich unterschiedliche Standardisierungsregelungen und -ansätze bemerkbar. Gerade für international agierende Unternehmen ist dies ein Problem, insbesondere auch für mittelständische Betriebe und das Handwerk. Insbesondere die USA sind ein wichtiger Partner. Die Problematik der unterschiedlichen Standardsetzungsverfahren in der EU und den USA muss angegangen werden. Eine Extremforderung wäre die gegenseitige Anerkennung von Standards nach dem Herkunftslandprinzip mit allen Handelspartnern.

11. AUCH DIENSTLEISTUNGEN UND DAS ÖFFENTLICHE BESCHAFFUNGSWESEN SIND EINZUBEZIEHEN

Die Bereiche der Dienstleistungen und des öffentlichen Beschaffungswesens versprechen ein großes Potenzial. Sie sollten verstärkt Ziel von Bemühungen um Marktöffnung werden. Die EU liegt hier dank großer Erfahrung klar im Vorteil. Bei der Diskussion um die richtige Strategie geht es darum, ob das Prinzip der Reziprozität gelten soll oder die einseitige Öffnung der Märkte in Europa beibehalten wird – ich spreche mich an dieser Stelle ausdrücklich dagegen aus, von der EU bereits geöffnete Teilmärkte der EU wieder abzuschotten.

12. OFFENSIVE KOMMUNIKATIONSSTRATEGIE DER KOMMISSION UND DER MITGLIEDSTAATEN ERFORDERLICH

Den Menschen sind die möglichen Gefahren der Globalisierung sehr bewusst – in vielen Fällen jedoch nicht die schon heute stark spürbaren Vorteile. Die Kommission und die Mitgliedsstaaten müssen endlich offensive Strategien entwickeln, mit denen es gelingt, die Menschen über die Chancen der Globalisierung zu informieren und optimistisch mit auf den Weg zu nehmen.

Die Verlautbarung der Kommission „Global Europe“ gibt bei weitem nicht auf alle anstehenden Herausforderungen der Globalisierung einen Antwortversuch. In den folgenden sieben Bereichen liegt aus meiner Sicht auf jeden Fall Handlungsbedarf, wobei die Liste nicht abschließend ist:

I. Der verlässliche Zugang zu Rohstoffen und Energie ist existenziell

Für die Frage der strategischen Industriepolitik ist der Zugang zu Rohstoffen und Energie von großer Bedeutung. Der Aufstieg neuer Industrienationen verschärft den Wettbewerb um die endlichen Ressourcen. Bislang haben wir keine gemeinsame EU-Politik in diesem Bereich.

II. Der Schutz vor möglichen unredlichen ausländischen Staatsfonds ist notwendig

Die Frage des Schutzes einiger europäischer Unternehmen vor möglichen ausländischen Staatsfonds mit unredlichen Absichten steht derzeit in der

Diskussion. Sicherlich müssen wir hier eine europäische Lösung finden. Die derzeitige Außenhandelsstrategie der EU bietet diese Lösung nicht.

III. Die Politik muss eine Antwort auf die Globalisierung der Finanzmärkte geben

Die EU-Handelsstrategie gibt keine Antworten auf die Fragen der Globalisierung der Finanzmärkte. Die heutigen Gesprächsrunden zeigen jedoch, dass hier Handlungsbedarf für die europäische Ebene, wenn nicht gar auf multilateraler Ebene besteht.

IV. Die EU braucht eine gemeinsame strategische Industriepolitik

Die EU als solche hat bislang keine strategische Industriepolitik, wie sie manche Mitgliedstaaten betreiben. Um international wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen wir uns überlegen, welche europäische Industriepolitik strategisch sinnvoll sein könnte.

V. Eine EU-Personalpolitik für internationale Organisationen tut Not

Internationale Institutionen haben gerade im Bereich Handel und internationale Finanzen eine große Bedeutung. Um in diesen Institutionen Europäer in Spitzenpositionen zu bringen, müssen wir bald die nationalen Personalpolitiken durch eine europäische Personalstrategie ergänzen.

VI. Die Schwellenländer dürfen nicht aus dem Blick geraten

Derzeit wird von vielen Verantwortlichen fast ausschließlich über China und Indien gesprochen. Dabei geraten die meisten Schwellenländer aus dem Blick. Die EU muss eine Strategie entwickeln, die nicht einzelne Regionen vernachlässigt.

FAZIT

Die handelspolitische Agenda der nächsten Jahre steht damit bereits in ihren Grundzügen fest. Viele der wichtigen Themen des vergangenen Jahrzehnts sind nun in den Blick gerückt. Einige Themen von heute und morgen wurden fast nicht berücksichtigt. Sie sehen also, wie wichtig solche Gelegenheiten wie heute für die Politik sind, um Anregungen und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Wir müssen die Globalisierung

noch besser nutzen. Die aktive Gestaltung der Globalisierung ist Europas Chance. Bundespräsident Köhler hat Recht, wenn er sagt: „Mit kleinmütiger Abschottung kann Europa keine Zukunft gewinnen.“.

DAS HERZ VON CHOPIN

LESUNG VON ARTUR BECKER, S. 81-85

Ich weidete mich an der Verunsicherung der Privatkunden wie ein katholischer Priester aus B., der mit Hilfe Jesu Christi, der Schwarzen Madonna und der Hölle die Schafe seiner Gemeinde in Schach hielt. Das Verkaufen von Autos war eine Religion – eine ganz große Kunst: Erfolge konnte ich nur dann erzielen, wenn ich als Lebensberater agierte. Als ein farbloser Niemand war ich zum Scheitern verurteilt. Ich musste als gutherziger König auftreten, der seinen Untertanen nur das Beste wünschte. Dann vertrauten sie einem, dann wurden sie gierig und wollten auf Teufel komm raus ihre Träume verwirklichen.

Und eines war ganz besonders wichtig: Ich durfte nicht zulassen, dass man mich zum polnischen Immigranten abstempelte, der es zu etwas gebracht hatte.

Hegte jemand wegen meines Akzentes und des harten „Rs“ an meiner germanischen Herkunft Zweifel, sagte ich, ich sei Ostpreuße. Für die Rentner war ich somit ein Heiliger. „Sie sind ein so genannter Vertriebener!“, sagten sie gerührt.

Für junge Leute war eine andere Strategie angebracht. Denn in ihrem schwarz-weißen Schubladendenken, das sich *Political Correctness* nannte, stellten sie sich unter einem Ostpreußen ein Fossil aus der Nazizeit vor, und das war nicht gerade die Rolle, die ich in der Hansestadt spielen wollte.

Jungen Käufern sagte ich deswegen, in meinen Adern flösse das Blut von vier Sippen: deutsches, polnisches, russisches und jüdisches. So! Und es entsprach sogar der Wahrheit.

Den Osteuropäern setzte ich von Zeit zu Zeit klare Grenzen. Wenn ich von ihnen genervt war, tat ich so, als würde ich ihre Sprache nicht verstehen, obwohl sie spürten, dass ich aus dem gleichen Holz geschnitzt war wie sie.

Eine Sendung von Radio Bremen², die ich übrigens auch gerne hörte, hieß „Die globale Dorfmusik“. Der Name brachte mich auf die Idee, meinen Geburtsort als ein globales Musikdorf zu bezeichnen, und ich fügte ergänzend hinzu, aus B. würden viele berühmte deutsch-polnisch-russisch-jüdische Komponisten stammen und dass es von B. aus nicht mehr weit bis zur russischen Enklave und nach *Königsberg* sei. Und jeder dachte dann daran, dass der auf diesem *Berg* geborene Immanuel Kant der *König* der Philosophen war und dass in den ostpreußischen Wäldern fein angezogene Teufel herumspazierten und auf ihre Opfer lauerten. Ich selbst hatte als Kind solche vornehm gekleideten Teufel gesehen, an dem See, der den heidnischen Namen der Pruzzen, *Dadaj*, trug und an dem ich mich fünfzehnjährig in eben jene Jolka aus Warschau verliebte. Zum Dadaj gehörte auch ein riesiger, fruchtbarer Forst, in dem es Pilze, Blau- und Himbeeren, Honig und Wild gab. Und die Deiwel, wie man bei uns in Bremen sagte, gingen in ihren grauen Mänteln aus Seide und Samt zwischen den Kiefern und Lärchen einher und versuchten, die Waldbesucher zu erschrecken, indem sie entsetzliche, hassverzerrte Fratzen schnitten. Erst viele Jahre später, als ich mich mit den ersten Folgen der amerikanischen Fernsehserie „Akte X“ vertraut machte, erkannte ich meine ostpreußischen Teufel wieder – allerdings traten sie bei den Amis in Gestalt von Außerirdischen auf, deren Körper keine äußeren Geschlechtsorgane aufwiesen.

Die Bewohner von B. nannten die Deutschen *diably* (die Deiwel), weil sie die klügste Nation der Erde waren und praktisch so gut wie alles erfunden hatten, von der Margarine bis zur Rakete. Die Einzigen, die ihnen das Wasser reichen konnten, waren die *japóncy* (die Japsen), weil sie unverwüstliche *samochody* (Autos) bauten wie Toyota oder Mazda. Übertroffen wurden die Deutschen und die Japsen nur noch vom Heiligen Vater in Rom. Er war für die Bewohner meines Städtchens der größte Superstar von allen. Niemand anderes als er verwaltete das Universum – im Namen Gottes selbstverständlich.

Wenn ich manchmal daran dachte, was Lech Wałęsa Anfang der Achtziger nach seinem Besuch in Japan gesagt hatte, kräuselten sich mir die Lippen vor Vergnügen zu einer Schnute, bevor ich mich kurz darauf vor Lachen wegschmiss: Er sagte, er wolle in Polen innerhalb von zwei Jahren ein zweites Japan aufbauen.

Und so, beschäftigt mit der Betreuung von Privatkunden und in freien Minuten mit meinen Gedanken, hatte ich nicht gemerkt, wie schnell auf unserem Firmenplatz die Zeit dahingeflossen war. Und wie in diesem Job an der Tagesordnung, hatte ich ganz plötzlich, kurz vor Büroschluss, noch ein kompliziertes Problem zu lösen: Gegen achtzehn Uhr kam ein Taxi mit einem Ungarn, und wenig später ein zweites mit einem Spanier. Beide waren Chauffeure – das Dumme war nur, dass die Deppen ein und dasselbe Fahrzeug abholen wollten.

Der Käufer aus Barcelona hatte mir vor drei Wochen ein Fax geschickt und mich gebeten, den Renault-Transporter für ihn zu reservieren. Ich antwortete ebenfalls per Fax, dass er mir bitte zunächst das Geld überweisen möge, und sobald es bei meiner Bank eingetroffen wäre, könne er seinen Chauffeur losschicken. Okay, das wolle er tun, bestätigte er mir in einer E-Mail.

Ich wartete auf die Überweisung aus Spanien, und da sie nach zwanzig Tagen immer noch nicht eingegangen war, verkaufte ich den Transporter an einen Ungarn, der den Wagen bei Abholung bar bezahlen wollte. Ich hatte dem ungarischen Käufer ohne Bedenken eine verbindliche Zusage gegeben, denn die „Spaniokels“, wie sie von Volley liebevoll geschimpft wurden, meldeten sich ja nicht mehr.

Ausgezeichnet, dachte ich mir, die Karre ist weg! Ich redete mir ein, eine Banküberweisung innerhalb der EU dürfe keine drei Wochen dauern, so ließen sich doch keine Geschäfte machen! Gestern Morgen jedoch, als ich bei meiner Bank die Kontoauszüge abholte, war unter Einnahmen eine Überweisung aus Barcelona aufgeführt. Satte einundzwanzigtausend Mark für den Transporter.

Und nun das: Ich versuchte, dem Spanier seine Situation zu erklären, was gar nicht so einfach war, weil er nicht einmal ein bisschen Pidgeon-Englisch konnte, obwohl er mir auf meine Frage „*Du ju spik inglisich?*“ geantwortet hatte, er würde zwar nur radebrechen, jedoch alles verstehen.

Ich zeigte ihm meinen Kontoauszug und das Fax von seinem Chef. Erst dann erfasste er endlich, was ich ihm hatte sagen wollen und dass seine Lage gar nicht zum Lachen war. Er warf seine Kappe auf den Boden und fluchte in seiner Muttersprache spuckend und fauchend, und ich konnte mir denken, dass ich in erster Linie der verdammte Narr war, den er da verfluchte.

Der Ungar kapierte überhaupt nicht, was los war, was wiederum für ungarische Kunden typisch ist. Sie sind im Geschäftlichen korrekt, zahlen immer in bar und sprechen meistens Deutsch, leben aber scheinbar nach wie vor in ihrem Kaiser-Franz-Josef-Reich, wo die Uhren viel langsamer ticken als bei uns in der BRD.

Copyright © 2006 by Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg

AUTOREN UND HERAUSGEBER

Alain D. Bandle

Vice President & General Manager EMEA Public Segment, Dell GmbH

Artur Becker

Schriftsteller, Stipendiat Else-Heiliger-Fonds (EHF) der Konrad-Adenauer-Stiftung

Daniel Caspary, MdEP

Mitglied der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Dr. Michael Fuchs, MdB

Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Christoph Kannengießer

Ehem. Stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung
Hauptgeschäftsführer des Markenverbandes e.V.

Eckart von Klaeden, MdB

Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Eberhard von Koerber

Vizepräsident des Club of Rome, Präsident des Verwaltungsrates der Eberhard von Koerber AG, Zürich

Universitätsprofessor Dr. Tobias Kollmann

Lehrstuhl für E-Business und E-Entrepreneurship,
Universität Duisburg-Essen

Professor Dr. Kurt Lauk, MdEP

Präsident des Wirtschaftsrats der CDU

Yingwei Ma

Geschäftsführender Gesellschafter für SBS Stage Equipment Technology (Hangzhou) Co., Ltd., Beijing

Dr. Norbert Röttgen, MdB

1. Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Franz Schoser

Mitglied des Vorstands und Schatzmeister der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Dr. Theo Waigel

Rechtsanwalt, Bundesminister a. D.



DAMIT WERTE ZUKUNFT HABEN

■ **Der Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.** unterstützt mit Hilfe seiner Mitglieder und Förderer die Konrad-Adenauer-Stiftung darin, die christlich-demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft weiter zu entwickeln und zu stärken. Dabei stehen die Erziehung zur Demokratie, die jugendpolitische Bildungsarbeit, die Förderung begabter und sozial engagierter junger Menschen, die Weiterentwicklung der Programme der Sozialen Marktwirtschaft und der internationale Dialog im Vordergrund.

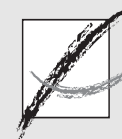
■ **Wir laden Sie ein**, mit Gleichgesinnten in angenehmer Atmosphäre an Seminaren und Studienreisen im In- und Ausland teilzunehmen. Erstklassige Referenten aus Politik, Wirtschaft und den Medien vermitteln Ihnen einen umfassenden Eindruck über ein Land, eine Region oder ein Thema. Firmenbesichtigungen, Zeitzeugenberichte und ein ausgesuchtes Kunst- und Kulturangebot runden diesen Eindruck ab und lassen die Veranstaltungen zu einem Erlebnis werden.

■ **Machen Sie mit!** Als Förderer im Freundeskreis tragen Sie dazu bei, die Leistungsfähigkeit und die hohe Qualität des Stiftungsangebotes langfristig zu sichern und wir geben Ihnen die Möglichkeit, sich im Kreis netter Menschen fortzubilden.

■ **Beitrittserklärungen und ausführliche Informationen** über den Freundeskreis und die Konrad-Adenauer-Stiftung finden Sie auf der Rückseite.

■ **Ihre Ansprechpartnerin:**

Petra Kulcsar
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12 | 53757 Sankt Augustin
Telefon: 0 22 41/2 46 26 16
Telefax: 0 22 41/2 46 25 39
petra.kulcsar@kas.de
www.kas.de



FREUNDESKREIS
DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

**JA, ICH MÖCHTE ZUM FREUNDKREIS GEHÖREN UND WERDE DIE
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG REGELMÄßIG UNTERSTÜTZEN.**

Der **Mindestbeitrag pro Jahr** beträgt:

Für Einzelpersonen 60,00 Euro. Für Ehepaare gemeinsam 80,00 Euro.

Für Studenten/Stipendiaten 40,00 Euro. Für Firmen/Institutionen 500,00 Euro.

Mein Jahresbeitrag ☐ _____ € ☐ 500,00 € ☐ 250,00 € ☐ 120,00 €
☐ 80,00 € ☐ 60,00 € ☐ 40,00 €

Ich zahle meinen Jahresbeitrag ☐ jährlich ☐ halbjährlich

_____ <i>Firma</i>		_____ <i>Telefon</i>	_____ <i>Telefax</i>
_____ <i>Titel, Name, Ansprechpartner</i>	_____ <i>Vorname</i>	_____ <i>E-Mail</i>	
_____ <i>Straße, Hausnummer</i>		_____ <i>Geburtsdatum</i>	
_____ <i>PLZ, Ort</i>	_____ <i>Datum</i>	_____ <i>Unterschrift</i>	

**Hiermit ermächtige ich den Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung widerruflich,
meinen Förderbeitrag zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.**

Ab dem: _____
Tag, Monat, Jahr

Die Zahlung erfolgt: ☐ über mein Bankkonto

_____ <i>Kreditinstitut</i>	_____ <i>Kontonummer</i>
_____ <i>Bankleitzahl</i>	_____ <i>Kontoinhaber</i>

☐ über meine Kreditkarte ☐ American Express ☐ Eurocard/Mastercard ☐ Visa
(nur für Förderer im Ausland)

_____ <i>Karten-Nr.</i>	_____ <i>Karteninhaber</i>
_____ <i>Karte gültig bis</i>	_____ <i>Ort, Datum</i>
	_____ <i>Unterschrift</i>